

Schlüssel-, Schlag- und Fahnenwörter

Zu Begrifflichkeit und Theorie der
lexikalischen »politischen Semantik«

Erste Fassung eines Überblicksartikels zum Forschungsstand
in Sachen Schlüsselwort- und Schlagworttheorie und -for-
schung für den Ergebnisband des Teilprojekts C5 »Bedeutungs-
konstitution im Dialog« des Sonderforschungsbereichs 245
»Sprache und Situation« (Heidelberg / Mannheim)

Fritz Hermanns

Bericht Nr. 81

Dezember 1994

Arbeiten aus dem Sonderforschungsbereich 245
»Sprache und Situation«, Heidelberg / Mannheim

Kontaktadresse:

Institut für deutsche Sprache
R 5, 6-13 - Postfach 10 16 21
68016 Mannheim

Diese Arbeit ist im Sonderforschungsbereich 245 »Sprache und Situation«
der Universitäten Heidelberg und Mannheim sowie des Instituts für deut-
sche Sprache (Mannheim) entstanden und wurde auf seine Veranlassung un-
ter Verwendung der ihm von der Deutschen Forschungsgemeinschaft zur Ver-
fügung gestellten Mittel gedruckt.

ISSN 0941-990X

Inhalt

Vorbemerkung	3
1. Zum Begriff »politische Semantik«	4
2. Schlagwortlexikographie und Schlagworttheorie	7
3. Fahnenwörter, Stigmawörter, Hochwertwörter	13
4. Die »Besetzung von Begriffen« und der »Streit um Worte«	21
5. Bedeutungskonkurrenz, Bezeichnungskonkurrenz	31
6. Die Koselleckschen Begriffsbegriffe	37
7. Wörter als Vehikel von Gedanken	41
8. Schlüsselwörter, Schlagwortfelder	43
9. Wortsemantik als Diskurssemantik	50
Literaturverzeichnis	55

Vorbemerkung¹

»Schlüsselwort« ist in der Soziolinguistik, insbesondere im Forschungsfeld der »Konversationsanalyse« bzw. der »Gesprächsforschung«, noch ein neuer Terminus: so neu, daß er durch die Publikationen (Spranz-Fogasy 1992, Spiegel 1994, Nothdurft 1995) des Projekts »Bedeutungskonstitution im Dialog« ja überhaupt erst in die Diskussion der Soziolinguistik eingeführt wird. Im Bereich der Linguistik allgemein, der Politologie und der Historiographie hat man den Ausdruck »Schlüsselwort« gelegentlich benutzt, jedoch kaum (oder äußerst unzureichend) definiert. Das Wort ist also noch kein Terminus, und man verwendet es - wenn überhaupt - in seiner umgangs- oder bildungssprachlichen Bedeutung.

Anders steht es mit verwandten Wörtern, Termini, Begriffen oder Formeln im Diskurs zur »Sprache in der Politik«. Manche dieser Wörter können geradezu als »Schlüsselwörter« der politischen Semantik gelten. Dazu sind vielleicht die Wörter »Fahnenwort« und »Stigmawort« zu zählen, sicher aber »Schlagwort« und »brisante Wörter«. Sie bezeichnen die für die politische Semantik interessantesten Wörter und Phraseme. Das Auffällige an der Semantik und Pragmatik dieser Wörter zeigen schlagwortartige Syntagmen wie vor allem: »Streit um Worte«, »semantische Kämpfe«, »Besetzen von Begriffen«, »ideologische Polysemie«, »Bezeichnungskonkurrenz«, »Bedeutungskonkurrenz«. Die »Historische Semantik« liefert der politischen Semantik weitere Begriffe von Begriffen wie z.B. »Kampfbegriff«, »Erwartungsbegriff« und »Zielbegriff«. Neuerdings ist zu den Hauptvokabeln der historischen und der politischen Semantik noch »Diskurs« hinzugekommen. Alle diese Leitbegriffe der politischen Semantik sollen - neben manchen anderen - im Folgenden erläutert werden, wobei je

¹ Ich bedanke mich bei Josef Klein und Werner Nothdurft für Kritik und Hilfe.

weils auf die linguistische Literatur verwiesen wird; berücksichtigt wird hier davon aber nur die deutsche.

1. Zum Begriff »politische Semantik«

Der Begriff »politische Semantik« wurde - wie so viele schlagwortartige Begriffe - durch den Titel eines Buches eingeführt: »Politische Semantik«. Dieses Buch, von Klein (1989) herausgegeben, sagt bereits mit seinem Untertitel, worum es in der politischen Semantik geht, er lautet: »Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung«. Der Akzent liegt hier auf »analytisch«, »kritisch« und besonders auf »Verwendung«.

Denn politische Semantik ist pragmatische Semantik. Das betont in seinem »Vorwort« (S. IX) Klein, der darauf hinweist, daß die in der Linguistik gern gemachte Unterscheidung zwischen der Pragmatik (als »Erforschung sprachlicher Zeichen in ihrem Verhältnis zu den Zeichenbenutzern ... und zu jeweiligen Situationskontexten«) einerseits und der Semantik (als »Erforschung der Bedeutung sprachlicher Zeichen unter Absehung von Sprechern, Adressaten und Situationskontexten«) andererseits »letztlich nicht haltbar« ist. Bedeutungen - so Klein - die ohne den Rekurs auf Sprecher, Adressaten, Situationen und (füge ich verdeutlichend hinzu) auf Sprechfunktionen darzustellen wären, gibt es gar nicht. Also die »politische Semantik« interessiert sich für »Bedeutung« unter dem Aspekt, daß diese selbst »pragmatisch« ist, und damit ist sie der sonst branchenüblichen Semantik um ein gutes Stück voraus.

Welche anderen Etiketten gibt es sonst noch, um das Forschungsfeld »politische Semantik« zu benennen? Der umfassende Begriff ist »Sprache in der Politik«, den Dieckmann (1969) - wiederum per Titel eines Buches - eingeführt hat. Und schon Dieckmann hebt mit seinem Untertitel darauf

ab, daß hier »Pragmatik« und »Semantik« nicht getrennt behandelt werden können; »Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache« heißt er nämlich. Auch Dieckmann argumentiert gegen die in der Linguistik gängige Hypostasierung a-pragmatischer Bedeutung und bezeichnet (S. 8) außerdem die Unterscheidung zwischen der »parole« (der Rede) und der »langue« (dem System der Sprache) als »Barriere«, die für Linguisten die Beschäftigung mit »Sprache in der Politik« behindert. Nicht nur sei, so Dieckmann (S. 9), die Grenze zwischen den Bereichen von »parole« und »langue« nicht leicht zu ziehen, nicht nur sei ja auch der Ausgangspunkt für jede Linguistik immer die »parole« (der Text), es sei auch außerdem die »Wechselbeziehung zwischen Sprache und Rede der eigentlich lohnende Gegenstand« der Linguistik; daher sei nicht einzusehen, »warum sie [die Linguistik] da aufhören soll, wo es interessant zu werden verspricht«.

Wie dem Untertitel Dieckmanns zu entnehmen, ist »die politische Sprache« ebenfalls ein Name für den Gegenstandsbereich der »Sprache in der Politik«; ein Synonym ist »Sprache der Politik« (Dieckmann 1969, S. 47 f.). Beide Namen haben nur den Nachteil, daß sie suggerieren könnten, daß es eine ganz spezielle politische Sprache gäbe, sozusagen einen Technolekt der Spezialisten des Politischen als »das« Idiom der Politik. Dieckmann zeigt jedoch in seinem Buch gerade, wie die »Sprache in der Politik« sich aus sehr unterschiedlichen »Sprachstilen« (Sprache des Gesetzes, der Verwaltung, der Verhandlung und der Überredung in der politikinternen Kommunikation und außerdem dem Stil der öffentlichen Sprache) zusammensetzt, so daß von »einer« und erst recht von »der« politischen Sprache keine Rede sein kann. Allenfalls, so Dieckmann (ibid.), den - je nach Ideologie und Staatsform jeweils anderen - »politischen Wortschatz« könne man mit der Bezeichnung »Sprache der Politik« bzw. »politische Sprache« sinnvoll meinen. »Politische Sprache« hat andererseits den Vorteil der prägnanten Kürze.

Ein fünfter Name für »Politische Semantik« lautet »Politische Sprachkritik«, den - wiederum in einem Untertitel - Heringer (1982) benutzt, wobei das Wort »Kritik« auch hier die Ambiguität hat, daß es »Analyse« oder aber »Tadel« meinen kann, und außerdem der Ausdruck »politische Sprachkritik« zusätzlich noch die Ambiguität hat, daß »Kritik« hier auf die Sprache oder aber auf die Sache, auf die Politik bezogen werden kann (Heringer 1982, S. 22); in diesem Fall ist Sprachkritik »Fortsetzung der Politik mit« - wie Heringer (1982) es sieht - »besseren Mitteln«. Und schließlich wurde die Thematik der »politischen Semantik«, »Sprache in der Politik«, »politischen Sprache«, »Sprache der Politik« und »politischen Sprachkritik« auch noch subsumiert unter den Titel der politischen »Sprachkultur« (Wimmer 1985); hier ist die zugrundeliegende Idee, daß linguistische (politische) Sprachkritik eine »Kultivierungsarbeit« (Wimmer 1982, S. 298) sei, geeignet nämlich, »kommunikative Konflikte um normierten Sprachgebrauch ... zu kultivieren«. Einschlägiges zum Thema der politischen Semantik kann man also unter allen diesen Titeln finden.

Zur Einführung in das Thema »Sprache in der Politik« empfehle ich das Buch von Dieckmann (1969). Über Gang und Stand der Diskussion und Forschung orientieren ausgezeichnet, wenn man sie zusammennimmt, die Sammelbände von Heringer (1982), Klein (1989) und Liedtke / Wengeler / Böke (1991).

Das zentrale Thema der politischen Semantik - wie auch immer man sie nennt - ist nach wie vor das »Schlagwort«, »für das ... in der Forschung von jeher das größte Interesse bestand« (Dieckmann 1969, S. 101). Bei Behandlung dieses Themas zeigt sich der pragmatische Charakter der politischen Semantik ganz besonders deutlich. »Schlagwort« läßt sich nämlich nur pragmatisch definieren.

2. Schlagwortlexikographie und Schlagworttheorie

»Schlagwort« wird - für kurze Zeit - zum Schlagwort in der Germanistik, als im Jahre 1900 R. M. Meyer seine Studie »Vierhundert Schlagworte« publiziert, die Ladendorf (1906, S. V) als »bahnbrechend« bezeichnet. Zum Standardwerk der deutschen Schlagwortlexikographie geworden ist dann das »Historische Schlagwörterbuch« von Ladendorf (1906). Nach dem ersten Weltkrieg ist die deutsche Schlagwortforschung eingeschlafen, seit dem zweiten gibt es in der Germanistik diesbezüglich wieder eine Reihe buch- und aufsatzförmiger Publikationen, die z.T. explizit (nur) »Schlagwörter« behandeln, z.T. allgemeinere Interessen haben, Schlagwörter aber implizit (auch) mitbehandeln.

Zur ersten Gruppe gehören *Wörterbücher* wie das von Nunn (1974; »Politische Schlagwörter in Deutschland seit 1945«) und Niehr (1993; dreiunddreißig deutsche Schlagwörter von 1966 bis 1974), *Studien zu einzelnen Schlagworten oder Schlagwortgruppen* wie die von Stammler (1948; über »Politische Schlagwörter in der Zeit der Aufklärung«), Gollwitzer (1962; über das Schlagwort »Die gelbe Gefahr«), Wülfing (1982; »Schlagwörter des Jungen Deutschland«), Straßner (1987; mit »Kenn- und Schlagwörtern« des Liberalismus, Konservatismus, Sozialismus, Nationalismus, Rassismus und Nationalsozialismus) und Diekmannshenke (1994; über Schlagwörter der Reformationszeit); *Ausführungen zur Schlagworttheorie* von Bahner (1961), Dieckmann (1964, S. 76 ff.; 1969, S. 101 ff.), Barner (1977), Wülfing (1982, S. 11 ff.), Klein (1989, S. 11 ff.), Ickler (1990), Kaempfert (1990), Strauß (1989, S. 32 ff.); dezidiert vom Klassenstandpunkt aus behandeln in der DDR das Schlagwort Klaus (1971, S. 133 ff.) und Freitag (1977). Die *Geschichte der deutschen Schlagwortforschung* skizzieren Dieckmann (1969, S. 21 ff.) und Wülfing (1982, S. 12 ff.).

Zur zweiten Gruppe sind zu zählen *Wörterbücher* wie das von

Berning (1964; zum »Vokabular des Nationalsozialismus«), Kinne / Strube-Edelmann (1980; zum »DDR-Wortschatz«), Strauß / Haß / Harras (1989; zum »öffentlichen Sprachgebrauch« der Bundesrepublik), aber auch Zitatwörterbücher wie das von Scholze-Stubenrecht (1993); eine neue Art von Schlagwortforschung gänzlich anderen Anspruchs als die alte stellt das Handbuch »Geschichtliche Grundbegriffe« (Brunner / Conze / Koselleck 1972 ff., s.u., S. 37) dar. Eine neue Qualität der Schlagwortforschung unter neuem Namen bietet auch der Band »Kontroverse Begriffe« von Stötzel / Wengeler u.a. (1994, demnächst, s.u., S. 46).

Ladendorfs »Schlagwörterbuch« ist ein Juwel der deutschen Lexikographie. Es ist elegant (und oft auch amüsant) geschrieben, bietet eine Fülle von für Wortgebrauch und Wortgeschichte relevanten Einzelinformationen und ist außerdem akribisch im genauen Nachweis aller beigezogenen Belege. Diese sind oft Muster pointierter Formulierung, sämtlich aber sind sie treffend, so daß dieses Wörterbuch den Fehler mancher anderen Wörterbücher nicht macht, die mit nichts-sagenden Belegen vollgestopft sind. Und auch sonst bemüht sich dieses Wörterbuch erfolgreich, ebenso bei Auswahl wie Behandlung seiner Lemmawörter, darum, Interessantes darzubieten; gar kein schlechter Grundsatz für die Lexikographie. Insgesamt hat sich in diesem Buch der Wunsch - wenn auch nicht dem Erfolg nach - Ladendorfs (S. VI) erfüllt, daß es ein »Büchmann der andere« werden möge, also ein »zweiter Büchmann«: »ein gleich zuverlässiger Führer für das in seinem Reichtum kaum abzuschätzende Sondergebiet der Schlagworte«. Von »Affenartige Geschwindigkeit« bis »Zukunftsstaat« behandelt es rund 660 Lemmawörter (Einzelwörter und Mehrwortlexeme).

Was bezeichnet Ladendorf als »Schlagwort«? »Solche Ausdrücke und Wendungen ... , denen sowohl eine prägnante Form wie auch ein gesteigerter Gefühlswert [Hervorhebung von Ladendorf] eigentümlich ist, insofern sie nämlich ... einen

bestimmten Standpunkt für oder wider ein Streben, eine Ein-
 richtung, ein Geschehnis nachdrücklich betonen ...« - da-
 mit ist zunächst das »Schlagwort« als parteiisch (»für oder
 wider«) charakterisiert; »oder doch wenigstens«, fügt aber
 Ladendorf (S. VII) hinzu, »gewisse Untertöne des Scherzes,
 der Satire, des Hohnes und dergleichen deutlich mit erklin-
 gen lassen« - damit öffnet Ladendorf ein Einfallstor für
 gänzlich andere, nicht mehr standpunktgebundene Begriffe in
 das Wörterbuch. »Denkwürdige und lebenskräftige Worte wech-
 seln mit leichter Tagesflitterware, ... geschichtlich Be-
 deutsames mit dem Allermodernsten«, und daher ist sein Wör-
 terbuch tatsächlich eine »bunte Sammlung« (ibid.). Das färbt
 sozusagen ab auf den Begriff des Schlagworts. Wenn man nach
 der Ladendorfschen Auswahl geht, dann muß ein »Schlagwort«
 irgendwie auffällig und exotisch sein. Biedermännische
 Schlagworte wie z.B. »Sicherheit« und »Wohlstand« hätte La-
 dendorf vermutlich in sein Wörterbuch nicht aufgenommen,
 wenn er heute leben würde.

Wenn man aber Ladendorfs großzügigen Schlagwortbegriff be-
 klagt hat (Kaempfert 1990, S. 197, spricht von einer »ärger-
 lichen Vermischung von Schlag- und Modewörtern«), so ist da-
 zu anzumerken, daß der Autor Ladendorf bei jedem Lemma deut-
 lich macht, um was für eine Art von Schlagwort es sich dabei
 handelt. Er bedient sich dazu u.a. einer Serie metasprachli-
 cher Begriffe, die z.T. der Linguistik auch noch heute gute
 Dienste leisten könnten. Ich zitiere aus den Strecken »A«
 und »B« des Wörterbuchs:

»Scherzwort« (*Affenartige Geschwindigkeit*), »poli-
 tisches Stichwort« (*Agitator*), »politisches Fah-
 nenwort« (*Agrarier*), »politisches Losungswort«
 (*Alldeutschland*), »Spottwort« (*Angstprodukt*),
 »Kampfeswort« (*Antisemit*), »soziales Schlagwort«
 (*Arbeitende Klassen*), »Schreckwort« (*Arbeiterba-
 taillone*), »offizielle Bezeichnung« (*Arbeitswillige*),
 »Scheltwort« (*Aristokrat*), »physiologischer
 Kunsta Ausdruck« (also »fachsprachlicher Begriff«:
Auslösung); »soziales Kampfwort« (*Aussperrung*),
 »Fachausdruck« (*Bacillus*), »Witzwort« (*Bergfex*),
 »verächtliches Schlagwort« (*Bonze*), »Programmwort«

(Breiteste demokratische Grundlagen), »modisches Schlagwort« (Buchschmuck).

Damit ist ein Weg gezeigt, wie man der störenden Polysemie, die »Schlagwort« hat, entgehen kann: indem man den Gebrauch von »Schlagwort« ganz vermeidet und stattdessen jeweils einen engeren, spezielleren Begriff nimmt.

Polysem ist »Schlagwort« mehrfach. Ambig ist »Schlagwort« schon bezüglich seiner Motiviertheit, denn etymologisch ist ein »Schlagwort« zwar ein »Wort, mit dem man schlägt, das man im Wortgefecht anwendet« (Paul 1992, s.v.), oft wird darunter aber auch ein »treffendes ... Wort« (Wahrig 1980, s.v.) verstanden, also ein Wort, das sozusagen »schlagend« einen Nagel »auf den Kopf trifft«. Umgangssprachlich hat sich die Bedeutung dieses Wortes so verändert, daß es »oft abwertend« gebraucht wird im Sinne von: »abgegriffener, oft ungenauer, verschwommener, bes. politischer Begriff, den jmd. meist unreflektiert gebraucht; abgegriffene Redensart, Gemeinplatz« (so das Duden Universalwörterbuch 1989, s.v.); in diesem Sinn ist etwas »nur ein Schlagwort« oder auch ein »leeres Schlagwort«. Das macht »Leerformel« zu einem Synonym von »Schlagwort«, wenn auch Topitsch (1960), der den Ausdruck »Leerformel« geprägt hat, damit etwas Anderes im Sinn hat, nämlich Worte wie »das Sein«, »das Absolute«, »Dialektik«, »Ganzheit«, die zwar auch Schlagwörter sein können, die aber Topitsch nicht als solche angreift, sondern »weil sie vom Standpunkt der Erkenntnis völlig nichtssagend und irrelevant sind« (S. 244).

In der Linguistik wird im allgemeinen »Schlagwort« wertneutral verwendet. Man versucht auch meistens nicht, zu definieren, was ein »Schlagwort« ist. Stattdessen sammelt man die typischen »Merkmale« eines Schlagworts. So verfahren Barner (1977, S. 107 ff.), Wülfing (1982, S. 33 ff.), Ickler (1990, S. 11 f.). Kaempfert (1990, S. 198 f.) stellt zusammen, was verschiedene Autoren (außer den genannten auch noch andere) je verschieden für die wesentlichen Eigenschaften

eines »Schlagworts« halten (die Autorennamen sind bei Kaempfert nachzulesen):

1. Bestandteil der Öffentlichkeitssprache oder der politischen/ideologischen Sprache;
2. temporäre Gebrauchshäufigkeit;
3. Mittel der (agitatorischen) Rede (Kampfmittel, Beeinflussung, Argument);
4. hochgradige Affektbesetzung;
5. Ausdruck eines Parteistandpunkts / wertender Charakter;
6. aufreizender / auffordernder / appellativer Charakter;
7. Solidarisierungseffekt;
8. Programm-Verdichtung;
9. semantische Unbestimmtheit (bei scheinbarer Klarheit);
10. prägnante Prägung.

Eine solche Liste ist insofern mehr verwirrend als erhellend, als sie den Zusammenhang nicht zeigt, der zwischen den hier angeführten, aus verschiedensten Betrachtungsweisen stammenden, heterogenen Eigenschaften eines »Schlagworts« doch besteht. Sie hat jedoch den Vorteil, die Kennzeichnungsfülle einmal vorzuführen, die man in der Schlagworttheorie vorfindet.

Kaempfert (1990, S. 1200) trifft daraus für seine eigene Definition von »Schlagwort« eine Auswahl nach semantischen, pragmatischen und morphologischen Kriterien:

1. Semantisch: Unter »Schlagwort« verstehen wir solche Ausdrücke, in denen sich ein Programm konzentriert oder die eine Zielvorstellung benennen.
2. Pragmatisch: Ein Ausdruck mit dieser semantischen Eigenschaft wird erst dadurch zum Schlagwort, daß er in einer gegebenen Gesellschaft oder Gruppe (im Grenzfall auch für ein Individuum allein) besondere Aktualität und Bedeutung gewinnt.
3. Morphologisch: Schlagwörter sind Lexeme oder Syntagmen mit dem Status von Mehrwortlexemen. (Neuere Beispiele: »Nachrüstung«, »Kernenergie«, »alternativ«, »antiautoritäre Erziehung«.)

Kaempfers morphologisches Bestimmungsstück hat die Funk-

tion, die »ganzen Sätze«, die schon Ladendorf dem »Büchmann« überläßt, aus dem Bedeutungsumfang des Begriffes »Schlagwort« auszuschließen, was auch Dieckmann (1969, S. 102) vorgeschlagen hat: Ein »Slogan« ist kein »Schlagwort«.

Die semantische Kennzeichnung, daß in einem »Schlagwort« ein Programm gewissermaßen »konzentriert« ist, greift eine Charakterisierung auf, die Dieckmann (1969, S. 103) gibt: »In den Schlagwörtern werden die Programme kondensiert«. Ich nenne das: Schlagwörter sind Vehikel - oder Chiffren - von Gedanken (s.u., S. 41). Das sind allerdings auch viele andere Wörter. Daher reicht es, scheint mir, nicht, zu definieren, daß ein »Schlagwort« immer ein Programm bzw. Ziel bezeichnet. Denn entscheidend ist, daß es das Ziel bzw. das Programm als Ziel (Programm) bezeichnet und zugleich auch propagiert.

Einem Wort wie »Mitbestimmung« beispielsweise ist nicht anzusehen, daß es die Funktion gehabt hat, in der öffentlichen Diskussion gewerkschaftliche sogenannte Mitbestimmung (Sitz und Stimmrecht in den Aufsichtsräten großer Unternehmen) einzufordern. Als aber »Mitbestimmung« Schlagwort war, da wußte man, daß damit eine Forderung gemeint war. »Mitbestimmung« hatte damals die deontische Bedeutungskomponente: »etwas, das verwirklicht werden soll«. Die Pragmatik ist, wie man hier sieht, dem Schlagwort (wie auch anderen Wörtern) nichts nur sozusagen Äußerliches. Sondern schon semantisch ist ein solches Wort pragmatisch.

Daß ein Wort bzw. eine Wendung »Schlagwort« ist, bedeutet, daß es (mit Erfolg) als »Schlagwort« funktionalisiert wird. »Schlagwort« ist, so Dieckmann (1969, S. 102), von der Funktion her zu bestimmen, die das Schlagwort in der öffentlichen Meinungsbildung hat. Jedes Schlagwort ist nur dann, erst dann und nur so lange Schlagwort, wie es die Funktion hat, auf die öffentliche Meinungsbildung (inclusive Willensbildung) einzuwirken.

Die Bestimmung, daß ein Schlagwort aktuell sein muß, bedeutet, daß ein Schlagwort - jedenfalls als Schlagwort - immer eine kurze Lebensdauer hat; diese seine Eigenschaft nennt Barner (1977, S. 109) »Transitorik«. Warum sind Schlagwörter transitorisch? Erstens deshalb, weil sie einer starken »Reizabnutzung« unterliegen; zweitens, weil sich die Bedürfnisse verändern können, denen sie entspringen, so erklärt es Barner (ibid.). Wülfing (1982, S. 50) sieht als Grund dafür die »ideologische Immunisierung«, die Schlagwörter stumpf macht. Kuhn (1991, S. 101) erläutert das Dilemma der Parteien, wenn sie Schlagwörter gebrauchen: einerseits muß der Gebrauch dann hochfrequent sein, um den Leuten diese Wörter einzuhämmern; andererseits geht das den Leuten auf die Nerven. Es entsteht ein »kommunikativer Überdruß«. Klein (1989, S. 43 ff.) entwirft - in Anlehnung an Grice - eine Art Pathologie des Schlagworts, wonach die Faktoren für Verlust bzw. Gar-nicht-erst-vorhanden-Sein von Schlagwortwirkung sind: »1. Verschleiß und Gewöhnung; 2. Unglaubwürdigkeit; 3. Irrelevanz; 4. Unverständlichkeit«.

3. Fahnenwörter, Stigmawörter, Hochwertwörter

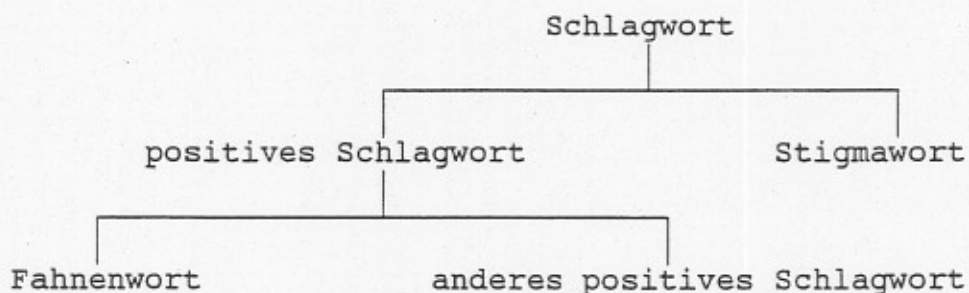
Hält man sich daran, daß schon nach Ladendorf Schlagwörter dadurch ausgezeichnet sind, daß sie den »Standpunkt für oder wider« etwas »nachdrücklich betonen«, und nimmt man dies in den Begriff von »Schlagwort« mit hinein, dann muß man zwei konträre Schlagwortsorten unterscheiden: Schlagwörter »für« von denen »wider« etwas. Eine dritte Schlagwortsorte kann es dann nicht geben.

Schlagwörter haben danach immer eine von genau zwei möglichen Appellfunktionen. Jedes Schlagwort ist, wie schon gesagt, parteiisch. In schlagwortmäßiger Betrachtung ist daher die Welt geteilt in zwei disjunkte Mengen und besteht aus »guten« und aus »bösen« Gegenständen, Sachverhalten und Personen. So ist jedes Schlagwort-Weltbild manichäisch.

Daran ändert es auch nichts, daß manche Schlagwörter im Sprachgebrauch bestimmter Gruppen positiv, im Sprachgebrauch von gegnerischen Gruppen negativ verwendet werden. Dies galt beispielsweise in der Bundesrepublik für »Sozialismus«, was ein negatives Schlagwort insbesondere der Unionsparteien war, das aber trotzdem von der SPD (zu ihrem Schaden) als ein positives Schlag- und Fahnenwort verwendet wurde (s.u., S. 35). Wir entgehen der Verlegenheit, in die uns solche Fälle widersprüchlicher Bewertung bringen könnten, dadurch, daß wir zwei verschiedene Bedeutungen ansetzen, also konstatieren, daß ein solches Schlagwort »ideologisch polysem« ist (s.u., S. 31). Ja, es scheint mir sogar sinnvoll, hier von zwei verschiedenen »Schlagwörtern« (Wörtern-in-Funktion) zu sprechen, insofern die beiden homomorphen (homophonen, homographen) Wörter, die man dann zu unterscheiden hätte, den in diesem Punkt verschiedenen Sprachen (Gruppensprachen) zweier Sprechergruppen angehören. Immer - könnte man vielleicht verallgemeinern - ist es so, daß die Bedeutungen von solchen homomorphen Wörtern sich auch sonst noch unterscheiden, also nicht nur dadurch, daß sie positiv bzw. negativ bewerten. »Sozialismus« etwa ist im Sprachgebrauch von CDU und SPD auch inhaltlich verschieden, nicht allein bezüglich der Bewertung. Auch dann, wenn man hier von einem »Wort« spricht, hat man darin zwei bezüglich ihrer deskriptiven, affektiven und appellativen Eigenschaften sehr verschiedene »Schlagwörter« vor sich.

Verfügt die politische Semantik über eingeführte Termini, um diese beiden Schlagwortklassen zu benennen? Bislang nicht. Denn Dieckmanns (1969, S. 102) Unterscheidung zwischen »Leit-« und »Reizwort« ist nicht aufgegriffen worden. Kaempfert (1990, S. 1200) unterscheidet zwischen »affirmativen« und »polemischen« Schlagwörtern, was aber nicht prägnant ist. So fehlt es bislang an geeigneten Vokabeln, die der »bipolaren Wortschatzstruktur« (Dieckmann 1969, S. 103) im Bereich des Schlagworts angemessen wären.

Aber - wird man fragen - sind nicht »Fahnenwort« und »Kampfwort« (bzw. »Kampfeswort«, so Ladendorf 1906, passim), »Fahnenwort« und »Stigmawort« (Hermanns 1982, S. 92; Strauß / Zifonun 1986, S. 73 ff.) bzw. »Fahnenwort« und »Feindwort« (Strauß 1989, S. 35 ff.) gebräuchlich oder doch zumindest zu gebrauchen, um den hier gemeinten Gegensatz terminologisch zu bezeichnen? Mit Bedauern sehe ich bei näherer Betrachtung der Begriffe, daß dies nicht der Fall ist, weil die durch die Doppelformeln (»Fahnen-« vs. »Kampfwort« usw.) suggerierte Symmetrie der beiden Pole dieser Formeln schief ist. »Kampfeswort« bei Ladendorf ist überhaupt kein Antonym zu »Fahnenwort«; das zeigt bereits sein erstes Beispiel: »Antisemit« (Ladendorf 1906, s.v.) ist eine positive Selbstbezeichnung und deshalb gerade eins der Fahnenwörter der »Antisemitenliga« des Jahres 1880. »Stigmawort« ist zwar bedeutungsgleich mit »negatives Schlagwort«. Aber »Fahnenwort« hat eine speziellere Bedeutung als »positives Schlagwort«, die ich gleich erklären werde. »Stigmawort« und »Fahnenwort« sind also gar nicht auf derselben Ebene der Pyramide der Begriffe angesiedelt. Und Entsprechendes gilt auch für »Fahnen-« vs. »Feindwort«. Im Diagramm stellt sich die Sache so dar:



Ladendorf (1906, passim) verwendet »Fahnenwort« sehr oft, doch ohne dieses Wort zu definieren. Bei dem Versuch, es wieder in die Diskussion zu bringen, habe ebenso auch ich auf eine Definition verzichtet und stattdessen nur umschrieben, was das Wort bedeutet (Hermanns 1982, S. 91):

Die Bezeichnung bringt zum Ausdruck, daß es sich hier um die Wörter einer Parteisprache handelt,

deren Funktion es gerade ist, als parteisprachliche Wörter aufzufallen. Sie sind dazu da, daß an ihnen Freund und Feind den Parteistandpunkt, für den sie stehen, erkennen sollen. Wörter wie z.B. *soziale Marktwirtschaft, Mitbestimmung, Bürger in Uniform, antiautoritäre Erziehung, Lebensqualität* - um nur einige Schlagworte aus der Geschichte der Bundesrepublik zu nennen - stehen jeweils für ein politisches oder gesellschaftliches Programm. Solche Wörter können in der Tat, wenn man sie ostentativ verwendet, wie eine Fahne wirken, die man hoch hält und ins Feld führt - oder auch wie ein rotes Tuch. Die Brisanz ist also bei diesen Wörtern einer Parteisprache keine gewissermaßen unerwünschte Begleiterscheinung, sondern sie werden gerade geprägt und verwendet, damit sich daran die Geister scheiden.

Also bei meinem metaphorischen Gebrauch von »Fahne« habe ich - wie offensichtlich auch schon Ladendorf - daran gedacht, daß eine Fahne a) vermöge der Verschiedenheit von anderen Fahnen insbesondere der Kenntlichmachung einer Gruppe (die sich darum »schart«) und b) vermöge des Emblems, das einer Fahne eingewirkt ist, auch der Kenntlichmachung eines oder einiger der Ziele dieser Gruppe dienen soll, wie das bei einem Schlagwort ja definitionsgemäß der Fall ist.

Will man daraus eine regelrechte Definition herleiten, dann ergibt sich etwa:

Fahnenwörter sind positive (affirmative) Schlagwörter, die zugleich auch als Erkennungszeichen von Parteiungen fungieren und fungieren sollen.

Dieser Definitionsversuch ist unvollkommen, insofern er Termini benutzt, die ihrerseits zu definieren wären, was zu leisten aber dieser Aufsatz nicht der Ort ist. Ich beschränke mich darauf, sie zu erläutern: Bei »Erkennungszeichen« denke ich an die »Symptomfunktion« von Bühler, hebe aber darauf ab, daß bei den Fahnenwörtern der Rückschluß vom Zeichen auf den Zeichengeber (»Sender«) in der Regel (d.h. bei typischem Gebrauch des Fahnenwortes) nicht nur möglich, sondern auch (vom Zeichengeber selbst) gewollt ist (deshalb meine Doppelformel »fungieren und fungieren sollen«). Mit

»Parteiungen« sind nicht allein politische Parteien, sondern Gruppen aller Art gemeint, die eigene politische, religiöse, weltanschauliche, künstlerische oder andere Lehren oder Ziele propagieren, die im Widerspruch zu denen anderer Gruppen stehen.

Daß nicht jedes positive »Schlagwort« auch ein »Fahnenwort« sein muß, beweist ein Gegenbeispiel. So war »Staatsbürger in Uniform« gewiß ein positives Schlagwort, aber außerhalb der Bundeswehr keinen Fahnenwort, weil man die Gruppe (um den General Graf Baudissin) dort gar nicht kannte, die für das in diesem Schlagwort ausgedrückte neue Selbstverständnis von Soldaten eintrat.

Ähnlich war auch »Umwelt« in der Umweltdiskussion von Anfang an ein positives Schlagwort (Umwelt muß man schützen), wurde aber erst allmählich auch zum Markenzeichen von sozialen Gruppen (Bürgerinitiativen), dann auch von Parteien (insbesondere der »Grünen«); damit war es dann ein Fahnenwort geworden. Heute ist das Wort ein Hochwertwort, was man u.a. daran erkennt, daß alle deutschen Bundestagsparteien programmatisch »Umweltschutz« verlangen (Haß 1989, S. 398). Das bedeutet, daß sein Fahnenwortcharakter (für die »Grünen«) etwas abgeblaßt ist; doch ein Schlagwort ist das Wort in hohem Maß geblieben, insofern es weiter aktuell ist. Es gehört nun zu der Gruppe der von Kaempfert (1990b, S. 201) so genannten »perennierenden« Schlagwörter, also derer, die sich durch verhältnismäßig lange Lebensdauer - manchmal ist sie, wie bei »Christentum« und »Islam«, millenarisch - von den anderen unterscheiden, die z.T. nur »ephemer« sind. Perennierend ist z.B., auf die Bundesrepublik bezogen, »soziale Marktwirtschaft« (zur Geschichte dieses Wortes s. Stötzel / Wengeler 1993, Wengeler 1994), das bis heute Fahnenwort der CDU hat bleiben können, weil noch keine andere Partei versucht hat, es der CDU durch Einverleibung in den eigenen Wortschatz wegzunehmen. Auch die SPD hat sich bis heute dazu noch nicht durchgerungen, obwohl (oder weil) ge-

rade dieses Fahnenwort der CDU den Grundgedanken der Sozialdemokratie - so könnte man zumindest meinen - auf den Punkt bringt; nur zu »Marktwirtschaft« hat sie sich nachdrücklich bekannt (Hermanns 1989, S. 96 f.).

Den Begriff des »Hochwertwortes« finde ich bei Bachem (1979, S. 63), der aber diesen Terminus statt »Fahnenwort« verwendet und die »Hochwertwörter« dementsprechend definiert als »positiv bewertete Ausdrücke ..., die Lösungen versprechen oder der Eigengruppe Symbole ihrer Identität liefern«; er sagt weiter: »Hochwertwörter« haben einen »Heilsbotschaftscharakter«. Will man »Hochwertwort« und »Fahnenwort« - wie eben schon geschehen - unterscheiden, dann empfiehlt es sich vielleicht, von »Hochwertwörtern« da zu sprechen, wo ein Wort einen zentralen Wert einer Gesellschaft - einen »Grundwert« - nennt, bezüglich dessen ein gesamtgesellschaftliches Einvernehmen festzustellen ist darüber, daß es sich bei diesem Wert um einen Höchstwert handelt, was mit demoskopischen Methoden zu ermitteln wäre (und ermittelt wird). Natürlich könnte man auch »Grundwertwörter« sagen, denn die »Grundwertkommissionen« großer Volksparteien sind darum bemüht, gerade solche »Hochwertwörter« aufzufinden, aufzulisten, zu sortieren, zu gewichten und sie für das eigene Programm zu reklamieren. Deutsche Hochwertwörter sind z.B. heute: »Einigkeit«, »Recht«, »Freiheit«, »Demokratie«, »Marktwirtschaft«, »Wohlstand«, »Frieden«, »Sicherheit«, »Gesundheit«, »Leben«, »Zukunft« und das schon erwähnte »Umwelt«. Der Begriff des »Hochwertwortes« könnte den Begriff des »perennierenden Schlagwortes« überflüssig machen. »Schlagwort« wäre dann nur das, was jeweils aktuell ist; diese Restriktion in der Begriffsbestimmung schließt nicht aus, daß man zusätzlich feststellt, daß ein Schlagwort immer wieder einmal (»perennierend«) aktuell wird. Auch schon Burkhardt (1988, S. 341) stellt die »Hochwertwörter« den »Schlagwörtern« kontrastierend gegenüber, während Strauß / Zifonun (1986, S. 73) solche »gruppen-/parteiübergreifend verwendeten Wörter mit Konstanz der positiven Evaluation«

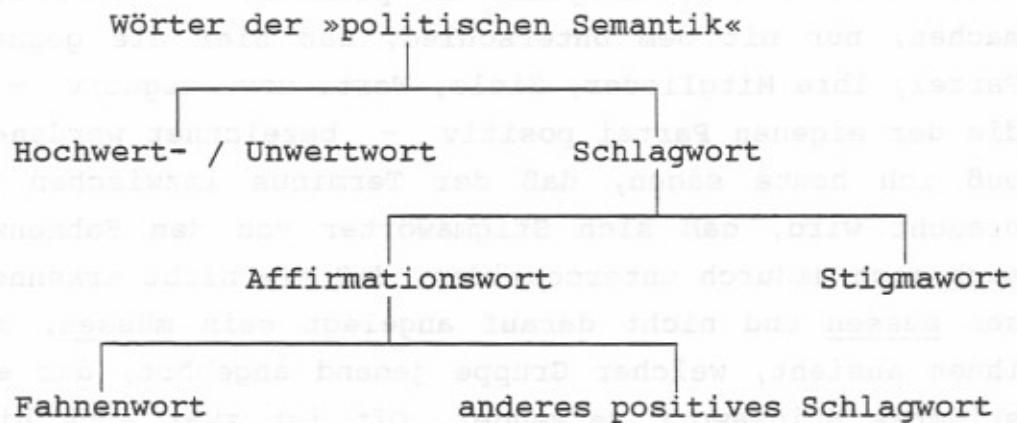
als »Leitwörter« bezeichnen.

Analog zu »Hochwertwort« kann »Unwertwort« gebildet werden, was ich hiermit tue. Unwertwörter sind bzw. waren in der Bundesrepublik z.B. (fast) gesamtgesellschaftlich und perennierend »Sozialismus« (wie bereits gesagt, trotz gegenteiliger semantischer Bemühung durch die SPD), »Kommunismus«, »Bolschewismus« (dies ein Lieblingswort von Adenauer).

Den Begriff des »Stigmawortes« habe ich (Hermanns 1982, S. 92, in Anlehnung an Goffman) mit der Charakterisierung eingeführt, daß Stigmawörter »gleichfalls, wie die Fahnenwörter, einen Parteistandpunkt in plakativer Weise kenntlich machen, nur mit dem Unterschied, daß hier die gegnerische Partei, ihre Mitglieder, Ziele, Werte usw. negativ - statt die der eigenen Partei positiv - bezeichnet werden«. Dazu muß ich heute sagen, daß der Terminus inzwischen so gebraucht wird, daß sich Stigmawörter von den Fahnenwörtern auch noch dadurch unterscheiden, daß sie nicht erkennen lassen müssen und nicht darauf angelegt sein müssen, daß man ihnen ansieht, welcher Gruppe jemand angehört, der ein bestimmtes Stigmawort verwendet. Oft ist zwar auch hier der Schluß von der Verwendung eines solchen Wortes auf die Gruppenzugehörigkeit des Sprechers möglich, aber längst nicht immer; und schon gar nicht wird mit der Verwendung solcher Wörter immer darauf abgezielt, daß man die Gruppenzugehörigkeit der sie Verwendenden erkennen solle. Oft geht es bei Wörtern, die man »Stigmawörter« nennen würde, auch nicht einmal um den Gegner, jedenfalls nicht um den eigentlichen Gegner, sondern nur um irgendetwas Negatives (das man allerdings bekämpfen möchte), so z.B. bei den Stigmawörtern »Chaoten« (Busse 1989), »Sympathisanten« (Wagner 1989, Musolff 1989), »Asylanten« (Wengeler 1993).

Die von mir dem Wort ursprünglich mitgegebene Bedeutung hat sich also nicht durchsetzen können. Daran ist auch, scheint mir, mittels einer besseren (genaueren) Festsetzungsdefini-

tion mit Aussicht auf Erfolg nichts mehr zu ändern. Denn »Stigmawort« als transparentes Wort wird, wenn es überhaupt verwendet wird, stets so verwendet werden, wie es seine Bildung nahelegt, d.h. als metasprachliche Bezeichnung für jedwedes Wort bzw. Schlagwort, das Personen, Gegenstände, Sachverhalte irgendwie »stigmatisiert«. Terminologisch aussichtsreich erscheint mir nur der Weg, dem (negativen) »Stigmawort« als Gegenstück ein (positives) Antonym beizugesellen; aber etwas Besseres als (in Anlehnung an Kaempfert) »Affirmationswort« ist mir bisher noch nicht eingefallen. Bei Zuhilfenahme dieses Ausdrucks ergibt sich die folgende Subklassifikation zu »Schlag« und »Hoch-« bzw. »Unwertwort«:



Ob ein solches Schema sich tatsächlich durchsetzt, ist indessen sehr die Frage. Letztlich ist es ja die »unsichtbare Hand« (nach Keller 1990), die auch über Sprachgebräuche in der Wissenschaft entscheidet.

Auch ob »Schlagwort« sich als Leitvokabel der politischen Semantik weiter durchsetzt oder auch nur halten kann, ist sehr die Frage. Angesichts des unverwüstlich negativen Beigeschmacks, der diesem Wort im Alltagssprachgebrauch nun einmal eignet, könnte es, wie schon bemerkt, als wünschenswert erscheinen, daß man in der Linguistik darauf überhaupt verzichtet. Auch der störenden Polysemie des Wortes wird man so, wie gleichfalls schon bemerkt, am sichersten entgehen. Je nachdem, worauf man jeweils abhebt, kann man andere zu-

sammenfassende Begriffe wählen wie: »Begriffe«, »Grundbegriffe« (Brunner / Conze / Koselleck 1972 ff.), »politische Schlüsselwörter«, »politische Schlüsselbegriffe«, »politische Terminologie« (Bergsdorf 1983), »brisante Wörter« (Hermanns 1982, Strauß / Haß / Harras 1989), »kontroverse Begriffe« (Stötzel / Wengeler u.a. 1994). Auch verlagert sich das wissenschaftliche Interesse weg vom Einzelwort und hin zu Wortverbänden, -gruppen, -feldern und zu deren Rolle in Diskurszusammenhängen: Wortgeschichte wird in Kommunikationsgeschichte aufgehoben (s.u., S. 50 ff.). So verliert die lexikalisch sozusagen anomale und exotische Erscheinung »Schlagwort« an Bedeutung.

4. Die »Besetzung von Begriffen« und der »Streit um Worte«

Einen wichtigen Impuls hat die politische Semantik aus der Politik erhalten, wo »Semantik« nach dem Wahlerfolg der SPD und FDP (im Jahre 1972) für die CDU zum Thema wurde; das ist dargestellt bei Behrens / Dieckmann / Kehl (1982) und Klein (1991). Auf dem Hamburger CDU-Parteitag 1973 richtete der Generalsekretär Kurt Biedenkopf das ramponierte Selbstbewußtsein der Parteitagsdelegierten u.a. dadurch wieder auf, daß er für das bis dahin unerklärte Wahldebakel der Unionsparteien - für die erfolgsgewohnte CDU war es geradezu ein unerklärliches Debakel - eine einleuchtende Erklärung fand; und zwar eine Erklärung, die zugleich ein schlimmer Vorwurf an den Gegner, also an die SPD, war. Dieser habe durch »Besetzung der Begriffe« eine »Revolution neuer Art« ins Werk gesetzt: eine »Revolution der Gesellschaft durch die Sprache«. Revolutionen fänden heute nicht mehr statt durch »die gewaltsame Besetzung der Zitadellen staatlicher Macht«, so Biedenkopf (hier zitiert nach Klein 1991, S. 46), sondern: »Statt der Gebäude der Regierungen werden die Begriffe besetzt, mit denen sie regier(en)«.

Ohne sie bei ihrem Namen »SPD« zu nennen, hatte damit

Biedenkopf das alte und bewährte Feindbild von der SPD, wie es die CDU seit Adenauers Zeiten kultivierte, auf das Wirkungsvollste revitalisiert. Die SPD war die Partei, die nach wie vor die »Revolution« betrieb, das hieß für CDU wie auch für SPD (und darin lag aus Sicht der SPD die Perfidie des Vorwurfs) wie ganz allgemein für beinahe alle Bundesbürger: Umsturz und Zerstörung aller Werte, die man »aufgebaut« zu haben stolz war. Denn »Revolution« war das, was »Kommunisten« (respektive »Sozialisten«) wollten; in der Geschichte der Bundesrepublik war »Revolution« nur einmal und auch nur für kurze Zeit ein positives Wort, als man die »Wende« in der DDR als »friedliche Revolution« bezeichnet hat. Eine kaum merkliche, gewissermaßen schleichende »Revolution neuer Art« durch die »Besetzung von Begriffen« war nur eine Steigerung des Grades der Verwerflichkeit, die jegliche »Revolution« von Haus aus sowieso schon an sich hatte (man vergleiche: anders als in Frankreich).

Aber mit dem Schlagwort der »Besetzung der Begriffe« hatte Biedenkopf der CDU-Elite nicht nur eine tröstende Erklärung, die das Trauma ihrer Niederlage durch die Schuldzuweisung an den Gegner lindern konnte, sondern implizit zugleich auch - diese Doppelheit hat Kuhn (1991, S. 91-93) hervorgehoben - ein Aktionsprogramm gegeben, wie sie die verlorene Majorität zurückgewinnen könne: durch ein Rückerobern, durch ein reziprokes Neubesetzen der Begriffe. Biedenkopf versäumte es auch nicht, konkret zu werden. Bei Besetzung der Begriffe sei die linguistische Revolution erfolgreich, »indem sie die Medien besetzt« (a.a.O.). Klein (1991, S. 47) stellt dazu fest, daß »hier auch - und nicht zuletzt - die argumentative Grundlage für eine systematische Personalpolitik der Union in den öffentlich-rechtlichen Medien gelegt werden sollte (die dann ja auch tatsächlich einsetzte)«.

In seiner Rede machte Biedenkopf am Beispiel der Vokabel »Solidarität« auch vor, wie man »Besetzung von Begriffen« praktiziert. »Solidarität« war stets ein Fahnenwort der Ar-

beiterbewegung, der Gewerkschaften, der Kommunisten und der SPD gewesen. Biedenkopf verwendete das Wort in seiner Rede erstmals (scheint es) als ein Wort der CDU, und zwar - und dies ist typisch dafür, wie man beim Besetzen von Begriffen vorgeht - so, als wäre dies ganz selbstverständlich und als sei die »Solidarität« schon immer auch ein Hauptbegriff der CDU gewesen. »Die neuen Begriffe«, sagte Biedenkopf (a.a.O.) über die von der »modernen Revolution« besetzten Begriffe, »verlieren die Fähigkeit, Lebenssachverhalte als Sachverhalte menschlicher Solidarität zu beschreiben«. Und:

Wenn wir dieser Sprache folgen, dann verlieren wir die Fähigkeit, unsere Solidarität auszudrücken, und damit die Möglichkeit, unsere Probleme solidarisch zu lösen. Was dies angesichts neuer Konflikte bedeuten kann, kann nur derjenige ermessen, der sich daran erinnert, wie sehr wir vor 25 Jahren auf Solidarität angewiesen waren, als wir dieses Land wiederaufbauten.

Später hat die CDU die hier begonnene Begriffbesetzung fortgeführt und sozusagen ausgebaut, so daß in der »Grundwertediskussion« der CDU aus »Solidarität« ein Synonym von »Caritas« und »Nächstenliebe« wurde (Heringer 1982, S. 25 f.). Wie »besetzt« man also die »Begriffe«? Einfach dadurch, daß man sie, so Biedenkopf (a.a.O.), mit neuen »Inhalten« besetzt, d.h. indem man sie auf neue Art (mit neuem Sinn) verwendet und sie so, mit ihrem neuen Inhalt, unablässig wiederholt; der neue Inhalt muß dem Publikum gewissermaßen eingehämmert werden. Eben dies hat Biedenkopf in seiner Rede - wenn auch ohne eigens darauf hinzuweisen - am Beispiel »Solidarität« schon exemplarisch vorgeführt.

Mit der Rede Biedenkopfs war ein Aktionsprogramm »Semantik« auf den Weg gebracht - ein Beispiel dafür, daß mit einzelnen Begriffen die Kultur- und Geisteswissenschaften manchmal unversehens praktisch wirksam werden können. In der Folge wurde eine CDU-»Semantik-Gruppe« (»Projektgruppe Semantik«) eingerichtet, die zwar offenbar bezüglich der von ihr erbrachten Resultate hinter den Erwartungen der CDU zurück-

blieb, aber, da sie existierte, doch den »Mythos sprachstrategischer Kompetenz der Union begründete« (Klein 1991, S. 48). Weiter zeitigte das Schlagwort vom »Besetzen der Begriffe« eine Reihe diesbezüglicher Publikationen, die, z.T. in einem Taschenbuch versammelt, eine Leserschaft von Laien außerhalb der Linguistik fanden, doch auch innerhalb der Linguistik das Bewußtsein wecken halfen, daß die Linguistik hier ein Thema hatte, das nun endlich einmal wirklich »relevant« war. Danach sehnte sich die deutsche Linguistik schon seit langem.

Das erwähnte Taschenbuch, von Kaltenbrunner (1975) herausgegeben, zeigt mit seinem Titel - »Sprache und Herrschaft« - respektive Untertitel - »Die umfunktionierten Wörter« - was das theoretische Interesse respektive die politische Tendenz war, die bei der Lektüre dieses Bandes beide wirken sollten. Einige Artikel waren eher theoretisch-philosophisch am Zusammenhang von Sprache und Gesellschaft (oder Herrschaft) interessiert, so ein Aufsatz über »Geschichte als Sprachkampf« (Leuenberger 1975) und der für das Thema »Sprache in der Politik« grundlegend wichtige Aufsatz Lübbes (1967) über »Streit um Worte« (s.u., S. 26). Andere waren ungehemmt agitatorisch, so der Aufsatz »Despotie der Wörter. Wie man mit der Sprache die Freiheit überwältigen kann« (Kuhn 1975) und der Aufsatz »Rote Semantik« (Dietz 1975). Wie der Herausgeber den Band verstanden wissen wollte, zeigt vielleicht am besten der von ihm zusätzlich auf dem Umschlag abgedruckte Slogan »Das Wörterbuch der Falschmünzer«: gemeint war offenbar die Lexik insbesondere der Neuen Linken, aber auch der alten Linken. Insgesamt war dieser Sammelband die Wiederholung und Bekräftigung des Biedenkopfschen doppelten Gedankens: es sei a) das »Besetzen von Begriffen« in der Politik eine Notwendigkeit (Grundgedanke); wie aber b) die Linke dies betreibe, sei es unerlaubt, weil eine Verfälschung der Begriffe (Vorwurf). Das wird schon an den zitierten Titeln (»Despotie der Wörter«, »Rote Semantik«, »Wörterbuch der Falschmünzer«) deutlich.

Kein Wunder, daß die derart attackierte Linke sehr empfindlich auf den Vorwurf reagierte; und verständlich, daß sie dabei auch den Grundgedanken Biedenkopfs - en bloc gewissermaßen mit dem Vorwurf - ebenfalls zurückwies. »Wörter machen keine Politik«, hieß ihre Antwort in Gestalt des Titels eines Gegenbändchens (Fetscher / Richter 1976) mit dem auf dem Umschlag banderolenförmig aufgedruckten Gegenvorwurf an die rechte Unionsadresse, sie betreibe »Semantik statt Politik«. Damit hatte sich die Linke, insbesondere die SPD, für lange Zeit den Weg verbaut, die Richtigkeit des Biedenkopfschen Grundgedankens einzusehen. Noch beim Germanistentag in Passau 1984 konzedierte Peter Glotz, damals Generalsekretär der SPD, zwar, daß es einen »Kampf um die Sprache« zwischen den Parteien wirklich gebe, warf der CDU jedoch zugleich einen »aggressiven Nominalismus« und »Manipulation« im Wege der »Beschädigung der rationalen Funktionen in der Sprache« bei »Verstärkung der Appellationen« vor (Glotz 1985, S. 239 f.); das »Besetzen von Begriffen« war der SPD zu diesem Zeitpunkt immer noch als etwas sozusagen Unmoralisches verdächtig.

Der Begriff »Besetzung von Begriffen« wurde in der Linguistik Thema einer Düsseldorfer Tagung (1989), deren Akten Liedtke / Wengeler / Böke (1991) herausgegeben haben. Welche Typen der »Begriffsbesetzung« unterschieden werden können, hat dort Klein (1991) analysiert, darüber mehr im nächsten Abschnitt. Good (1991) hat am Beispiel des Begriffes »poll tax« ausgeführt, daß nicht nur das »Besetzen«, sondern auch das »Räumen« von Begriffen schwierig sein kann. Kuhn (1991) - in seinem eben schon zitierten Aufsatz - untersucht die Frage, ob sich überhaupt Begriffe so gezielt »besetzen« lassen, wie es die »Metapher aus der Welt der Machbarkeit« - »Besetzung von Begriffen« - suggeriert. Angesichts »der Komplexität der politischen Kommunikation in unserer heutigen Mediendemokratie« ist die Antwort darauf »eher ... skeptisch« (S. 96), weil in Wahrheit die Parteien nur »versuchen können, die sprachliche Landschaft graduell zu ihren Gunsten

und zu Ungunsten der Gegner zu beeinflussen«, was sich demoskopisch bestenfalls in einigen Prozenten ausdrückt (S.97). Und auch dies gelingt nur bei Begriffen, wo dies »in der Luft liegt« (S. 99), und steht so durchaus nicht im Belieben der Parteien. In erster Linie kommt es dabei außerdem noch darauf an, in welchem Maß Parteien beim »Besetzen von Diskursen« (S. 103) und von »Bilderwelten« (S. 106) in der Mediendemokratie erfolgreich sind, was die *conditio sine qua non* für die »Begriffsbesetzung« ist.

In dem Taschenbuch von Kaltenbrunner (1975) ist, wie schon erwähnt, ein für die linguistische sowie politische Bewußtseinsbildung folgenreicher Aufsatz aus dem Jahre 1967 abgedruckt: »Der Streit um Worte« von dem Philosophen Lübbe (damals noch in Bochum); dieser (als »Bochumer Universitätsrede«) publizierte Aufsatz ist vermutlich Biedenkopf bekannt gewesen (damals ebenfalls in Bochum). Darin geht es darum, ein Verständnis für den Sinn und die Notwendigkeit des »Streits um Worte« - Lübbe sagt gelegentlich auch »Wortstreit« - zu erwecken, das in Politik wie Wissenschaft vor Lübbes Aufsatz hierzulande fehlte. Zwar war vorher schon in gleicher Intention ein Aufsatz mit dem Titel »Essentially Contested Concepts« (Gallie 1955/56) geschrieben worden und in einem international bekannt gewordenen Sammelband (Black 1962) erschienen - ein Aufsatz, dessen Titel schon besagt, daß es Begriffe gibt, die ihrem Wesen nach (»essentially«) umstritten sind; und dazu zählt der Autor auch politisch-ideologische Begriffe wie »Demokratie«. Aber dieser erste Aufsatz ist im deutschen Sprachraum - jedenfalls vor Dieckmann (1969, S. 72 f.) - kaum beachtet geworden, und auch Lübbe hat ihn offensichtlich nicht gekannt. So blieb es Lübbes inhalts- und gedankenreichem Aufsatz vorbehalten, hierzulande ein Bewußtsein für das Phänomen und die pragmatische »Vernünftigkeit« (Lübbe 1967, S. 48) des »Streits um Worte« anzubahnen, was im Jahre 1967 noch als paradox erscheinen mußte.

Denn, wie Lübbe ausführt, die Empfehlung, sich um bloße Worte nicht zu streiten, galt seit Aristoteles unangefochten. Worte (oder »Wörter«) muß man ohnehin - so war die Meinung unter Wissenschaftlern - erst definieren, ehe sie zum philosophischen bzw. wissenschaftlichen Argumentieren taugen; daher kommt es auf die Wörter selbst nicht an, die vielmehr nach vollzogener Definition nurmehr als Kürzel für das jeweils angegebene Definiens betrachtet werden. Demgegenüber macht nun Lübbe deutlich, daß es nur in »kleinen, homogenen, auf den Zweck theoretischer Erörterung festgelegten Zirkeln ... ohne weiteres und ohne Nachteil für irgendeinen Beteiligten möglich« ist, »der Regel, nicht um Worte zu streiten, zu folgen, sich sozusagen Worte zu schenken und in freier, besonnener Übereinkunft ihren Gebrauch festzulegen«; nur in esoterisch »kleinen Gruppen, die den Vorzug genießen, ... relativ politikfern auch über Politik diskutieren zu können, und die zugleich eine Kontrolle über die Zugehörigkeitsverhältnisse ausüben, also sicherstellen können, daß nicht jedermann jederzeit mithört und mitredet« (Lübbe 1967, S. 65). Ganz anders sei es aber in Bezug auf eine »große, exoterische, unmittelbar politisch relevante Öffentlichkeit«, denn in ihr sei es »gerade nicht möglich, sich jederzeit über Wortgebräuche zu verständigen«; in ihr müsse jeder »jederzeit darauf Rücksicht nehmen, daß die Worte längst ihren wie sehr auch immer schwankenden Gebrauch haben, daß sie Assoziationen, Stellungnahmen, Erwartungen auslösen, auf die zwar langfristig propagandistisch, aber doch im Moment gar kein verändernder Einfluß möglich ist« (ibid.). Daher kann man in der Politik die Wörter und die Wortbedeutungsinterpretation nicht einfach seinen Gegnern überlassen, sozusagen zu gefälliger Bedienung. Sondern es »gehört ... zwingender politischer Logik, daß man sich ... wechselseitig die Legitimität des Anspruchs auf den Gebrauch zentraler politischer Vokabeln streitig macht« (S. 66).

Lübbe hebt die eminent pragmatische Funktion von Sprache in der Politik hervor; so wenn er sagt, daß Sätze in der Poli-

tik »nicht erst als performative, sondern schon als behauptende Sätze Aktionscharakter« haben; wenn er betont, daß sie dort immer - im Gegensatz zu Sätzen in der Wissenschaft - »ihren Ort im Kontext von Handlungen« haben; und wenn er als Sinn von Satz und Rede in der Politik bestimmt: »Handlungsprädispositionen sollen stabilisiert, geändert oder zersetzt, Handlungen oder Unterlassungen bewirkt, Zustimmungsbereitschaft erzeugt werden« (S. 52). Das gilt entsprechend auch für den Gebrauch politisch relevanter Einzelwörter oder Phraseologeme. Solche Wörter wie »soziale Marktwirtschaft«, »Abendland«, »der Westen«, »Gemeinschaft der freien Völker«, »Sozialstaat«, »Pluralismus«, »Gemeinsinn«, »Gemeinschaftsaufgabe« sind semantisch nicht präzise, aber sie erfüllen trotzdem ihre Zwecke: »sie legen Richtung und Meinung fest, ermöglichen die Erfahrung politischer Zugehörigkeit und fixieren im Ganzen jene Aktions- oder Zustimmungsbereitschaft, ohne die politisches Handeln nicht möglich wäre« (S. 56). Auch scheut sich Lübke (S. 54 f.) nicht, von der Notwendigkeit von »Ideologie« zu reden, die durch solche Wörter angezeigt und miterzeugt wird: »im Medium der Öffentlichkeit ... ist eine minimale ideologische Integration der Gesellschaft ein zwangsläufiger Vorgang«. Wörter wie z.B. »Rasse«, »Reaktion«, »Proletariat«, »Volksgemeinschaft«, »Arbeiter- und Bauernmacht«, »nationale Front«, »Volksfront«, »Klassenfeind« sind keineswegs, wie kritisch (ideologiekritisch) oft gemeint wird, »schlechterdings sinnleere sprachliche Elemente«. Sie haben nämlich »Deutlichkeit genug, um Freund-Feind-Gruppierungen sichtbar zu machen oder zu stiften«. Mit ihnen sind »per se politische Ziele gesetzt«. Man ist durch sie »in Solidaritäten eingewiesen«. Mit ihnen kann man sagen, »was man solle und wer man sei«.

Noch ein weiterer Gedanke Lübkes (S. 55): Die »geringe Präzision dieser Begriffe« ist »kein Mangel, sondern Bedingung ihrer politischen Wirksamkeit. Ihre hohe Allgemeinheit erlaubt es nämlich, sie durch geeignete Interpretation an

Unvorhergesehenes anzupassen«. Damit wird als funktional erklärt, was eine oft genannte (und gerügte) Eigenschaft des »Schlagworts« ist, seine »semantische Unbestimmtheit«. Ihr hat Dieckmann (1969, S. 61 ff.) ein Kapitel seines Buches »Sprache in der Politik« gewidmet, wo er aufzählt und erörtert, was man unter »Unbestimmtheit« an Verschiedenem (Weitgespanntheit, Abstraktheit, Kompliziertheit, Unschärfe, Relativität, Mehrsinnigkeit, Mehrdeutigkeit) verstehen kann. Auch nach Dieckmann (S. 70) ist die »Unbestimmtheit« in der Sprache der Verhandlung und sogar auch in der Sprache der Gesetze damit zu erklären, daß »die Unbestimmtheit der Wörter eine politische Funktion hat«, nämlich darin, daß sie »Neuinterpretationen« bei veränderten Verhältnissen gestattet: wegen ihrer Unbestimmtheit sind die Wörter in der Politik flexibel.

Eine andere, nicht minder wichtige Funktion der Unbestimmtheit von Begriffen (Wörtern) in der Politik nennt Bergsdorf (1991, S. 23 f.): je weniger präzise die Begriffe sind, desto mehr sind sie geeignet zur »politischen Integration«. Das illustriert z.B. die Vokabel »Freiheit«. Dabei kann man sich so manches denken. Dies vergessend, ist man aber gerade deshalb darin einig, daß »die« Freiheit eines unserer höchsten Güter ist. So integriert das Wort vermöge seiner Unbestimmtheit.

Unbestimmtheit von politischen Begriffen kann auch geradezu der Täuschung dienen, die von den Begriffsverwendern sei es billigend in Kauf genommen, sei es auch bewußt gewollt wird; doch in beiden Fällen handelt es sich hier um eine Form der Lüge. Teubert (1989) hat auf Fälle offenbar bewußter Irreführung durch ambige Wortverwendung hingewiesen. »Subvention«, so Teubert (S. 61 ff.), ist im allgemeinen Sprachgebrauch ein Stigmawort, das Zahlungen an Wirtschaftszweige oder auch an Einzelunternehmen als im Grunde unzulässig tadelte; 1987 wurde es jedoch auf einmal von Ministern auch auf die Sozialleistungen des Staates angewendet, was nach der

fachsprachlichen Bedeutung dieses Wortes möglich war, die aber außer den Experten niemand kannte. Dadurch wurde es dann möglich, Abbau von Sozialleistungen (etwas Schlechtes) als Abbau von Subventionen (etwas Gutes) darzustellen. Noch ein anderes Beispiel: Wie ich mich erinnere, wurde die gewerkschaftliche Forderung nach »Mitbestimmung« meistens so verstanden, daß in den Betrieben von den Arbeitnehmern »mitbestimmt« werden sollte (was man unterscheidend »Mitbestimmung am Arbeitsplatz« genannt hat). Gemeint war aber damals seitens des Gewerkschaftsbundes Mitbestimmung von Gewerkschaftsführern in den Aufsichtsräten großer Unternehmen. Dieses Mißverständnis war vermutlich der Gewerkschaftsführung ebenso bekannt wie auch willkommen, denn daß alle Arbeitnehmer sollten mitbestimmen können, war das Populäre an der Forderung nach »Mitbestimmung«. Teubert (1989) hat für so gebrauchte Wörter den Ausdruck »Vexierwörter« erfunden; auch »Chamäleonbegriffe« könnte man sie nennen, weil sie ihre Farbe (sprich: Bedeutung) nach Belieben der Verwender wechseln.

Statt vom »Streit um Worte« oder »Wortstreit« spricht man (seit Koselleck 1972, S. 113) oft (z.B. Stötzel 1990) von »semantischen Kämpfen«, was der weitere Begriff ist, im Vergleich zu »Streit um Worte«. Denn der Streit um Worte ist ja eine Auseinandersetzung über Worte; das bedeutet, daß man dabei immer explizit und metasprachlich jeweils einen Wortgebrauch zum Thema macht, d.h. darüber redet. »Semantische Kämpfe« können aber außerdem auch in der Weise ausgetragen werden, daß die einzelnen Parteien ihre eigenen Sprachgebräuche kultivieren und gezielt zur Geltung bringen, ohne sie zu diskutieren.

5. Bedeutungskonkurrenz, Bezeichnungskonkurrenz

Ein Aspekt der »Unbestimmtheit« der Semantik schlagwortartiger Begriffe ist es, daß sie oft, so nennt das Dieckmann (1969, S. 70 ff.) treffend, »ideologisch polysem« sind. Das ist ein Effekt des »Streits um Worte« zwischen den verschiedenen politisch-ideologischen Parteien, der sich sozusagen automatisch einstellt, ganz im Sinne eines »Phänomens der dritten Art« (nach Keller 1990). Jede der an einem solchen Streit beteiligten Parteien ist darum bemüht, die jeweils strittigen Lexeme so zu deuten und semantisch auszubauen, wie es ihrem eigenen Interesse nützt, und das ist eine durchaus schöpferische Tätigkeit, die Neubedeutungen hervorbringt, wenn der Streit auch seiner Form nach in der Regel um die »wahre« oder »wirkliche« Bedeutung der umstrittenen Lexeme geht. Das Ergebnis eines Wortstreits pflegt es aber in der pluralistischen Gesellschaft nicht zu sein, daß sich die eine der Parteien siegreich durchsetzt und die andere zur Kapitulation zwingt; was den allgemeinen Sprachgebrauch betrifft, so kann sie in der Regel allenfalls die Oberhand gewinnen (so Klein 1989, S. 29; Kuhn 1991, s.o.). Dann ist das Ergebnis dieses Wortstreits insgesamt ein Unentschieden, dergestalt, daß fortan zwei (bzw. mehr) Bedeutungen desselben Wortes (Schlagworts) in Gebrauch sind, wobei allenfalls die eine dominant ist. Diesen Zustand nennt man dann (mit Dieckmann) »ideologische Polysemie«.

Diese ist ein Spezialfall eines in der Sprache vielfach vorkommenden Typs von »gruppensprachlicher« Polysemie (so nenne ich sie hier; genauer wäre: »gruppensprachbedingter«). Der Normalfall - den man in der üblichen Semantik meist allein beachtet - der Polysemie ist der, daß ein Lexem in einer und derselben Variante einer Sprache (meist: im Standard) mehr als eine einzige Bedeutung hat. Daneben kommt es aber häufig vor, daß sich verschiedene Bedeutungen von Wörtern auf die Sprachgebräuche von verschiedenen sozialen Gruppen, also auf verschiedene Soziolekte (in der weitesten Bedeutung

dieses Terminus), verteilen.

So ist beispielsweise »Sessel« in Bezug auf den gesamten deutschen Sprachraum deshalb polysem, weil es in Österreich soviel wie »Stuhl« bedeutet (was in Deutschland »Sessel« heißt, nennt man in Österreich »Fauteuil«); das ist eine »nationalsprachliche Polysemie« (so kann man vielleicht sagen). »Heben« heißt in Heidelberg soviel wie standardsprachlich »halten«; das ist eine »regionalsprachliche« (regionalsprachlich bedingte) Polysemie des Wortes »heben«. »Besorgen« heißt in manchen Gruppensprachen auch soviel wie standardsprachlich »stehlen«; dadurch kommt gesamt-sprachlich eine »soziolektale« (soziolektbedingte) Polysemie zustande. »Engländer« sind für Handwerker verschiedener Berufe eine ganz bestimmte Art von Schraubenschlüsseln; das bewirkt eine »technolektale« (technolektbedingte) Polysemie des Wortes. Schließlich gibt es eine »diachronische Polysemie« auch in der Synchronie aufgrund der Andersheit von Sprachgebräuchen, die veraltend oder schon veraltet sind, die man jedoch noch kennt. Alle diese unterschiedlichen Polysemien sind Effekte der »inneren Mehrsprachigkeit« (Wandruszka) der Sprachen (hier: des Deutschen). Analog beruht »ideologische Polysemie« auf der »politischen Mehrsprachigkeit« innerhalb einer Sprache (Strauß / Zifonun 1985, S. 100).

Insofern ist die »ideologische Polysemie« nicht eine Polysemie vollkommen anderen Typs als alle anderen Polysemien. Auch sie ist eine gruppensprachliche (gruppensprachbedingte) Polysemie. Der Unterschied zu anderen gruppensprachlichen Polysemien ist nur, a) daß sie »ideologisch« ist, wie das ihr Name sagt, daß also die Bedeutungsvarianten, die für sie konstitutiv sind, unterschiedlichen »Ideologien«, d.h. Denkweisen und Bestrebungen, entsprechen, und b) daß die sie tragenden sozialen Gruppen (die »Parteien«) sich darum bemühen, ihre jeweils eigene Bedeutungsvariante im gemeinsprachlichen Sprachgebrauch zur geltenden zu machen; dies als Teil ihres Bemühens, ihre eigene Gruppensprache allgemein zu ma-

chen und so ihre jeweilige »Ideologie« zur herrschenden zu machen. Anders als bei anderen Typen soziolektal bedingter polysemer Wörter ist bei ideologisch polysemen Wörtern also die Tendenz charakteristisch, daß hier jede Gruppe (jede einzelne Partei) durch ihre jeweils eigene Bedeutungsvariante alle anderen verdrängen möchte, so daß hier die Wortbedeutungsvarianten nicht - wie sonst - gewissermaßen friedlich miteinander bloß koexistieren, sondern miteinander konkurrieren.

Diesen Umstand faßt prägnant ein Terminus, den Klein (1989, S. 21 ff.) geprägt hat: »Bedeutungskonkurrenz«. Von den »konkurrierenden ideologischen Bedeutungsvarianten« eines Wortes redet auch schon Dieckmann (1969, S. 62), und auch Lübke (1967, S.66) spricht in seinem Aufsatz von den »konkurrierend in Anspruch genommenen großen Worten« wie z.B. »Freiheit« und »Demokratie«, um die gestritten wird. Dazu hat dann Klein seinen Begriff »Bedeutungskonkurrenz« gebildet, der (cum grano salis) synonym mit »ideologische Polysemie« ist. Denn »Bedeutungskonkurrenz« liegt immer vor, wo eine »ideologische Polysemie« vorhanden ist, und umgekehrt. Nur ist »ideologische Polysemie« ein rein semantischer Begriff, während der Begriff »Bedeutungskonkurrenz« daran erinnert, daß die konkurrierenden Bedeutungen der ideologisch polysemen Wörter auf der Konkurrenz von konkurrierenden Parteien und Parteiungen beruhen, also ein pragmasemantischer (wie man es nennen kann) Begriff ist.

Klein führt den Terminus »Bedeutungskonkurrenz« in einem Aufsatz (1989) ein, der eine systematische Typologie möglicher Strategien im »Streit um Worte« respektive beim »Besetzen von Begriffen« bietet; später (1991, 1993) hat er diese Typologie verfeinert. Hier (1989, S. 17) bildet er zunächst den Parallelbegriff »Bezeichnungskonkurrenz«; diese liegt vor, wo es »umstritten ist, welche von mindestens zwei Bezeichnungen für einen Sachverhalt die 'richtige' ist«. Dagegen ist »Bedeutungskonkurrenz« gegeben, wo »die Bedeutung

ein und desselben Ausdrucks umstritten« ist. Also entweder um die »richtige Bezeichnung« eines Sachverhaltes oder um die »wahre Bedeutung« eines Wortes geht es bei dem »Streit um Worte« und bei der »Besetzung von Begriffen« (S. 29).

Beispiele für Bezeichnungskonkurrenz sind Schlagwortpaare wie (Klein 1989, S. 19 f.): »Soziale Marktwirtschaft / Kapitalismus«, »Sozialpartnerschaft / Klassenkampf«, »Alleinvertretungsrecht / Alleinvertretungsanmaßung«, »Friedensdienst / Kriegsdienst«. Beispiele aus der Presse geben Stötzel (1980) sowie Dieckmann (1985).

Was die »Bedeutungskonkurrenz« betrifft, so unterscheidet Klein (S. 17) die Untertypen »deskriptiver« und »deontischer« Bedeutungskonkurrenz. Zum »Kampf um die deskriptive Bedeutung« führt er (S. 21 f.) dann aus:

Umkämpft sind vor allem die Bedeutungen von tendenziell parteiübergreifend verwendeten Hochwertwörtern wie *Demokratie*, *Freiheit*, *Gerechtigkeit*, *Solidarität* usw. Solche Wörter werden im allgemeinen Sprachgebrauch so stabil und durchgängig mit positiver deontischer Bedeutung verwendet, daß politische Gruppierungen daran nicht rütteln. Sie versuchen, die für die Masse der Sprachteilhaber inhaltlich eher vage Bedeutung in ihrem Sinne zu spezifizieren. ... Der gegnerischen Begriffsbildung wird dann eine eigene, oder der alten wird eine neue Bedeutung entgegengesetzt - in der Hoffnung, daß man genügend Programm-Macht in der eigenen Partei, genügend Medieneinfluß in der Öffentlichkeit und genügend Motivation und Resonanz bei den Wählern hat, um die erwünschte Bedeutung breit durchzusetzen.

Die »deontische Bedeutungskonkurrenz« besteht - im Gegensatz zur »deskriptiven« - darin, daß sich dabei Wörter durch die Unterschiedlichkeit des Sollens unterscheiden, daß in ihnen mitgemeint ist. Die »deontische Bedeutung« (dazu Hermanns 1986; 1989, Kap. 1) eines Wortes impliziert oft eine Wertung. Daher sprechen andere Autoren (Strauß / Zifonun 1985, S. 101 u.ö.) von den unterschiedlichen »evaluativen Bedeutungen« im Sprachgebrauch verschiedener sozialer

Gruppen (sprich: Parteien) und von einer daraus resultierenden »Bewertungspolysemie« (S. 102). Die »deontische Bedeutungskonkurrenz« - so Klein (1989, S. 23) - betrifft vor allem Fahnenwörter sowie Stigmawörter. Dabei strebt eine Partei die »Demontage« (S. 27) gegnerischer Fahnenwörter an; in ihrem eigenen Sprachgebrauch wird die im Fahnenwort des Gegners positiv gefaßte Sache etwas zweifelhaftes oder negatives.

So war in der Zeit der SPD-FDP-Regierungskoalition »Reform« ein neues Fahnenwort der SPD, auf das die CDU mit dem Bemühen reagierte, es durch solche Charakterisierungen wie »Reformitis«, »Reformhuberei«, »Reformwut«, »Reformeuphorie«, »Reformhektik« lächerlich zu machen und auf diese Weise zu entwerten (Klein 1989, S. 28).

Manchmal bringt es die historische Entwicklung mit sich, daß ein Fahnenwort einer Partei zu einem negativ besetzten Wort wird; ihre Gegner können dann gerade dieses Fahnenwort des Gegners als ihr eigenes Stigmawort verwenden, das zugleich mit diesem Wort den Gegner selbst aufs wirkungsvollste negativ kennzeichnet. Dieser Glücksfall einer idealen Ausgangslage für den Wortstreit - Glücksfall aus der Sicht der attackierenden Partei - ist hinsichtlich des alten sozialdemokratischen Fahnenwortes »Sozialismus« eingetreten, dessen Kurswert, wie die Meinungsforschungsinstitute konstatierten, sich im Laufe der Jahrzehnte in der Bundesrepublik konstant verschlechtert hat, so daß es schließlich auf der Werteskala der Begriffe ähnlich negativ war wie schon »Kommunismus«; »Sozialismus« war ein Fahnenwort nicht nur der SPD, sondern vor allem auch der SED. Diesen Umstand nutzend, haben CDU und CSU im Wahlkampf 1976 plakatieren können: »Freiheit statt Sozialismus!« (Bergsdorf 1978, S. 108 f.; 1983, S. 319; Klein 1989, S. 24). Damit suggerierten sie, es sei der »Sozialismus«, den die SPD auf ihre Fahnen schrieb, derselbe »Sozialismus«, wie ihn SED und Kommunismus wollten.

Umgekehrt kann eine andere Entwicklung dazu führen, daß es möglich wird, ein bisher negatives Schlagwort aus dem Status eines Stigmaworts herauszubringen und es mit Erfolg zum Fahnenwort zu machen. Dafür ist »liberal« ein Beispiel, das die FDP als Fahnenwort verwendet (»F.D.P. Die Liberalen«), seit es seine negativ deontische Bedeutung, die es noch zu Zeiten Adenauers hatte, eingebüßt hat (Klein 1989, S. 25).

Eine ähnliche Typologie der Möglichkeiten divergenter Wortgebräuche wie bei Klein ist bei Strauß / Zifonun (1985, S. 101 f.) zu finden. Doch ist die Kleinsche Terminologie mit den Begriffen der »Bezeichnungskonkurrenz« und der »Bedeutungskonkurrenz« besonders überzeugend. Es gibt in der Tat vor allem diese beiden Möglichkeiten eines Wortstreits. Man versucht entweder onomasiologisch, gegnerische Wörter aus dem öffentlichen Sprachgebrauch herauszudrängen und durch eigene zu ersetzen; so entsteht »Bezeichnungskonkurrenz«. Oder man nimmt die gegnerischen Wörter hin, versucht jedoch semasiologisch, sie mit den Bedeutungselementen zu versehen, die der eigenen Sicht der Dinge und der eigenen Intention entsprechen; dann entsteht »Bedeutungskonkurrenz«, wobei hier die Bedeutungselemente unterschiedlicher Natur sein können und speziell auch - könnte man ergänzen - das umfassen, was »Konnotation« genannt wird.

Allenfalls noch einen dritten Typ verbaler Konkurrenz beim »Streit um Worte« müßte man begrifflich von den beiden anderen unterscheiden. In Anlehnung an Kuhn (1991, S. 96), der von »Zuschreibungskonflikten« redet, schlage ich »Zuschreibungskonkurrenz« vor. Denn, so Kuhn: »Beim Streit um Wörter kann es sich auch einfach um die Frage drehen, mit welchen Gruppen von Sprachteilnehmern, z.B. mit welcher Partei, ein bestimmter sprachlicher Ausdruck am ehesten assoziiert wird«. Vor allem geht es dabei um »die Zurechnung von Hochwertausdrücken wie 'Freiheit', 'Gerechtigkeit', 'Solidarität' etc.«. Was dabei von den Parteien angestrebt wird, nennt Klein (1993, S. 108) »konnotatives Partizipieren«.

Die diversen Möglichkeiten des verbalen Konkurrierens soll zum Schluß ein Schema zeigen:

1. Bezeichnungskonkurrenz
 - mittels eines neu geprägten Wortes
 - mittels eines neu belebten Wortes
2. Bedeutungskonkurrenz
 - deskriptiv
 - deontisch
3. Zuschreibungskonkurrenz

6. Die Koselleckschen Begriffsbegriffe

Daß gewisse Wörter geradezu als Wirkungskomponenten auf den Gang der Politik und damit der Geschichte Einfluß haben, das behauptet die historische »Begriffsgeschichte« - personifiziert in Brunner, Conze und Koselleck - nämlich solche Wörter, die sie als die »Grundbegriffe« der Geschichte ansieht. »Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland« (Brunner / Conze / Koselleck 1972 ff.) heißt denn auch das wissenschaftsgeschichtlich epochale Werk, das diesen Zugang der Begriffsgeschichte zur Geschichte exemplarisch darstellt. Einer der Herausgeber, Koselleck, hat den programmatischen Gedanken dieses Werkes formuliert in einem seither oft zitierten Aphorismus: »Ein Begriff ist nicht nur Indikator der von ihm erfaßten Zusammenhänge, er ist auch deren Faktor« (Koselleck 1972, S. 120). Was Koselleck hier »Begriff« nennt, das ist in der Sprache der politischen Semantik meist ein »Schlagwort«.

Dieses Werk und seine Programmatik haben - unabhängig davon, daß die »Grundbegriffe« ihr oft nicht genügen (zur Kritik vgl. u.a. v. Polenz 1973, Koselleck 1978, Busse 1987) - Einfluß auf das Denken auch in den Zusammenhängen der politischen Semantik. Diese sucht ihr Anschauungsmaterial und ihre Forschungsgegenstände vorzugsweise in der Zeitge-

schichte, insbesondere der nahen Gegenwart. Doch auch die Zeitgeschichte ist Geschichte, und so ist historische »Begriffsgeschichte« eigentlich nichts anderes als »politische Semantik« der historischen Vergangenheit, und ist »politische Semantik« eigentlich nichts anderes als »Begriffsgeschichte« auf die Gegenwart bezogen. Den Koselleckschen Gedanken, daß »Begriffe« oder Wörter als »Faktoren der geschichtlichen Entwicklung« anzusehen seien, adaptierend, kann man daher auch von Wörtern als »Faktoren der politischen Entwicklung« reden.

Im Vertrauen auf die Plausibilität und Suggestivität der Formel von »Begriffen als Faktoren der Geschichte« hat Koselleck theoretisch wenig dazu ausgeführt, was die Faktorenhaftigkeit geschichtlicher Begriffe in Bezug auf die geschichtliche Entwicklung ausmacht (zum Folgenden vgl. Hermanns 1994, Kap. 3). Was er damit meint, verdeutlicht er mit einer Reihe von Exempeln und mit einer Reihe von Begriffsbegriffen, die er ab und zu verwendet, und zwar wieder, wie es seine Art ist, ohne diese - sprechenden - Begriffe explizit zu definieren. Sie benennen mögliche Funktionen von Begriffen in politischen Zusammenhängen; so z.B. »Kampfbegriff« (Koselleck 1972, S. 111), »Zukunftsbegriff« (S. 113), »Zielbegriff« (S. 113, 124), »Erwartungsbegriff« (S. 118, 124), »Aktionsbegriff« (S. 113), »Sammlungs- und Bewegungsbegriff« (S. 113). Ähnlich wie die Termini von Landendorf sind sie geeignet, den Wortschatzbereich des »Schlagworts« aufzufächern und zu strukturieren.

Dies trifft allerdings auf »Kampfbegriff« nicht zu, denn dieser Terminus sagt offensichtlich nur, daß ein Begriff in der als »Kampf« gedachten Politik eine parteiische Funktion hat. Daher ist »Kampfbegriff« ein Synonym von »Schlagwort«, aber ohne dessen negativen Beiklang. »Kampfbegriff« war beispielsweise ein für uns so harmlos klingendes Kompositum wie »Staatsbürger« (mit der Lehnbedeutung von franz. »citoyen«); und zwar ein Kampfbegriff der preußischen Reformer zu Beginn

des 19. Jahrhunderts, da es - so Koselleck (S. 111) - eine »polemische Pointe« aufwies, die sich gegen die »altständische Gesellschaft« und die »ständische Rechtsungleichheit« richtete. Als »Staatsbürger« sollten alle Bürger gleich sein, was sie als Angehörige von »Ständen« gerade nicht sein sollten respektive wollten. »Staatsbürger« ist als damals neues Wort ein »Kampfbegriff«, weil es bei jedermaligem Gebrauch die angestrebte Gleichheit sozusagen einklagt, gegen alle jene, die sich ihre angestammten Privilegien nicht nehmen lassen wollten.

Echte Untergruppen von Schlagwörtern bilden »Zukunfts-« und »Erwartungsbegriffe« einerseits und »Zielbegriffe« andererseits. Seit der französischen Revolution, so führt Koselleck (S. 113) aus, dienen Begriffe »nicht mehr nur, Vorgegebenheiten so oder so zu erfassen, sie greifen aus in die Zukunft. Zunehmend wurden Zukunftsbegriffe geprägt, erst künftig zu erringende Positionen mußten sprachlich vorformuliert werden, um überhaupt bezogen oder errungen werden zu können.« Manche der politischen Begriffe haben also ihren Sinn und ihre Wirkung darin, daß sie konzeptualisieren, wie die Dinge sich entwickeln werden oder sollen. So ist nach Koselleck (S. 113) der Begriff »Revolution« ursprünglich »eine Modellformel möglicher Wiederkehr der Ereignisse« gewesen, wurde aber dann zum »geschichtsphilosophischen Zielbegriff«, der angab, wohin die Geschichte führen würde und auch sollte. Schließlich wird »Revolution« auch noch zum »politischen Aktionsbegriff«, der als ein solcher aussagt, was zu tun sei, hier: eine »Revolution« zu machen.

Systematische Polysemien eines ähnlichen Bedeutungsspektrums liegen offenbar bei vielen politiksprachlichen Wörtern vor. So war »Kommunismus« für die Kommunisten ebenso ein Name für den Endpunkt der Geschichte (»Zukunftsbegriff«, »Erwartungsbegriff«) wie ein Wort für das, wonach die Kommunisten strebten (»Zielbegriff«) und auch ein Name für die eigene Partei (»Sammlungsbegriff«, »Bewegungsbegriff«). Bei fort-

schreitender geschichtlicher Entwicklung kann es ferner dazu kommen, daß ein »Zielbegriff« im Sinne von »Es ist erreicht« zu einem »Status-quo-Begriff« wird, wie ich das vorläufig nennen möchte, denn ich suche noch nach einem guten Etikett, das die Faktizität und die Zufriedenheit damit zum Ausdruck bringt, wie auch nach einem Wort, das die Faktizität und Unzufriedenheit damit zum Ausdruck bringt; zu »Zielbegriff« gibt es bislang keine Antonyme.

»Sozialismus« etwa wurde in der DDR aus etwas, was man erst »aufbauen« wollte (»Zielbegriff«), zu etwas, was man nunmehr hatte, nämlich den »real existierenden Sozialismus«. Parallel dazu wurde in der alten Bundesrepublik aus dem einstigen Zielbegriff »soziale Marktwirtschaft« zugleich ein Status-quo-Begriff. Die Koinzidenz von Ziel- und Status-quo-Begriff zeigt immer an, daß man sich - jedenfalls, soweit der jeweilige Begriff reicht - in der besten aller möglichen Welten zu befinden meint: ein sicheres Indiz für ein konservatives Denken.

Der Unterschied von Ziel- und Status-quo-Begriffen kann sich auch als ideologische Polysemie manifestieren. Das war z.B. in der Zeit der SPD-FDP-Koalition der Fall, als Brandt mit seinem Slogan »Mehr Demokratie wagen« den Begriff »Demokratie« als Zielbegriff reaktivierte, während für die CDU-CSU »Demokratie« der Status-quo war. Darauf hat damals Maier (1973, S. 183) hingewiesen: es seien »zentrale Begriffe unserer politischen Ordnung in den letzten Jahren aus ihrer Normallage gelöst, dynamisiert, je eschatologisch aufgeladen worden«, so »Verfassung«, »Sozialstaat«, »Rechtsstaat«, »Grundrecht« und »Demokratie«. In der Sprache der Neuen Linken sei »Demokratie« »heute, vor allem in der dynamisierten Form 'Demokratisierung', dabei ... , ein Kampfbegriff gegen rechtsstaatliche und parlamentarische status-quo-Befestigung schlechthin zu werden« (S. 182). Maier (S. 183) faßt zusammen: »Aus Ordnungsbegriffen sind Verheißungen geworden«. Bezüglich aller der von Maier hier genannten Wörter könnte man

jedoch auch sagen: Einstige Zielbegriffe, die inzwischen nur noch Status-quo-Begriffe waren, hatten sich partiell in Zielbegriffe rückverwandelt. Damit hatten sie die »Eindimensionalität«, wie Behrens / Dieckmann / Kehl (1982, S. 258 ff.) in Anlehnung an Marcuse sagen, ihrer Beschränkung auf das Faktische verloren.

7. Wörter als Vehikel von Gedanken

Die Kosellecksche Semantik, wie ich sie interpretiere (auch zum Folgenden vgl. Hermanns 1994, Kap. 3), bietet der politischen Semantik noch zwei weitere Ideen, die sie nutzen könnte, und auch diese setzt Koselleck, wie es seine Art ist, als gewissermaßen selbstverständlich mehr voraus, als daß er sie semantiktheoretisch explizit macht.

Erstens nämlich die Idee, daß Wörter dergestalt als »Kampfbegriffe«, »Zielbegriffe« usw. funktionieren, daß sie stellvertretend stehen und verwendet werden für Gedanken. »Staatsbürger« war im Sprachgebrauch der preußischen Reformer zu Beginn des 19. Jahrhunderts ein Memento, das bei jeder Wiederholung obstinat daran erinnert hat, daß in der angestrebten neuen bürgerlichen Ordnung keine Ständeprivilegien mehr gelten dürften.

Wörter dieser Art erinnern immer an diejenigen Gedanken, in deren Zusammenhang wie auch zu deren Ausdruck sie geprägt sind. In diesem Sinn sind solche Wörter Abkürzungen oder Chiffren von Gedanken. Ohne die Gedanken, die sie sozusagen definieren, sind dergleichen Wörter unverständlich, also sinnlos, ihr Gebrauch präsupponiert deshalb die ihnen jeweils sozusagen innewohnenden Gedanken. Jeder einzelne Gebrauch präsupponiert jedoch nicht nur den mit dem Wort verbundenen Gedanken, sondern evoziert ihn auch und macht ihn so bei jeder Wiederholung neu lebendig: nämlich deshalb, weil ja ein Gedanke, als präsupponierter, stets verge-

genwärtigt werden muß, damit das Wort, das den Gedanken ausdrückt, überhaupt verstanden werden kann. Es gilt gleichermaßen für die »Kampf-« wie für die »Zukunfts-« und die »Ziel-« und die »Aktionsbegriffe«, daß durch sie der jeweils durch sie mitgegebene Gedanke sozusagen eingeübt und eingeschärft wird, wenn man sie verwendet, also spricht, schreibt oder auch nur hört und liest. So etwa könnte man sich also einen Vers auch darauf machen, daß gesagt wird, daß in jedem »Schlagwort« ein Programm bzw. Gedanke »konzentriert« bzw. »kondensiert« ist.

Zweitens unterstreicht Koselleck immer wieder, daß in den »Begriffen« auch ein Ethos, auch ein Sollen mitgesagt wird. So schreibt er (1972, S. 111) über »Staatsbürger«, daß dieses Wort antizipatorisch hinweist »auf ein Verfassungsmodell, das nunmehr zu verwirklichen sei«. Und diesen Typ der Formulierung kann man bei Koselleck ähnlich öfter finden. Beispielsweise, wenn er davon spricht, daß die »Zukunfts-begriffe« dazu dienen, »erst künftig zu erringende« Positionen sprachlich vorzuformulieren (S. 113) oder wenn er später davon redet, daß »Demokratie« als ein »Erwartungsbegriff« allmählich alle anderen Verfassungsformen »in die Illegalität drängt« (S. 118); oder wenn er einmal sagt, im Laufe der historischen Entwicklung werde der in vielen Begriffen »enthaltenene Anspruch auf Verwirklichung« immer größer (S. 113).

Alle diese Formulierungen bringen die Idee zum Ausdruck, daß ein Wort, das scheinbar Gegenstände oder Sachverhalte einfach nur beschreibt bezüglich ihres Seins, zugleich auch dazu dienen kann, ein Sollen auszudrücken. Das ist bei Koselleck klar erkennbar im Gebrauch des deutschen Gerundivums (»zu verwirklichen«, »zu erringende«) wie in den Vokabeln »Illegalität« und »Anspruch«, von denen hier Koselleck sagt, ihre Bedeutung könne in »Begriffen« mitgegeben sein; wobei er zu verstehen gibt, es sei geradezu der Sinn und die Funktion historischer »Begriffe«, insbesondere ein Sollen auszusagen. Damit hat Koselleck das Programm einer historischen

Semantik aufgestellt, die nicht nur auf den deskriptiven, sondern auch den präskriptiven Anteil an der Wortbedeutung achtet; oder auf die, wie man das Gemeinte gleichfalls nennen kann, »deontische Bedeutung« von Lexemen (s.o.). Kraft der in den Wörtern mitgemeinten und mitausgesagten Sollenskomponenten der Bedeutung - eben der deontischen Bedeutung - sind die Wörter die Vehikel oder Abkürzungen von Gedanken auch bezüglich dessen, was der Fall sein soll; und nicht allein bezüglich dessen, was der Fall ist.

Und natürlich gilt es auch für Wörter mit deontischer Bedeutung, daß bei jeder Wiederholung eines solchen Wortes der Gedanke immer wieder evoziert und eingeübt und eingeschärft wird, dessen Chiffre dieses Wort ist. Jede Wiederholung eines Wortes mit deontischer Bedeutung ist zugleich die Wiederholung des deontischen Gedankens, den es ausdrückt. Dergestalt, daß auch mit jeder Wiederholung eines solchen Wortes das in ihm chiffrierte, das in ihm auf den Begriff gebrachte Sollen sich erneuert und bekräftigt.

8. Schlüsselwörter, Schlagwortfelder

»Schlüsselwort« ist offensichtlich - anders noch als »Schlagwort«, »Fahnenwort« und »Stigmawort« - ein Terminus aus der Betrachterperspektive. Er benennt das Wort, das er bezeichnet, nicht hinsichtlich der Funktion, die es für die Beteiligten, die dieses Wort verwenden, hat; sondern hinsichtlich der Funktion, die es für die Betrachter der Verwendung hat, z.B. für Historiker und Linguisten. Denn ein »Schlüsselwort« - sei es nun Schlüssel eines Textes, eines Dialoges, einer Auseinandersetzung, einer Politik, Ideologie, Gesellschaft oder auch historischen Epoche - ist jedes Wort, das ein Verständnis »aufschließt« und »erschließt«. So etwa sagen es denn auch die Wörterbücher, wenn sie »Schlüsselwort« erläutern mit Bedeutungsparaphrasen wie z.B.: »Wort von zentraler Bedeutung u. weitgehendem Auf-

schluß in einem bestimmten Bereich od. Zusammenhang« (Duden Universalwörterbuch, s.v.). Daher sind auch »Schlüsselwort« und »Schlagwort« keine Antonyme, sondern das Verhältnis der Begriffe ist, daß sie sich überschneiden. Sehr oft ist ein Schlüsselwort ein Schlagwort, aber Schlüsselwörter können außerdem auch etwa Hochwertwörter oder Themawörter oder irgendwelche anderen Wörter sein, sofern sie »Aufschluß« über etwas geben. Umgekehrt kann zwar ein Schlagwort immer auch als Schlüsselwort betrachtet werden, muß dies aber selbstverständlich nicht.

Außerhalb wie innerhalb der Linguistik kann man den Begriff des »Schlüsselwortes« ab und zu verwendet finden, so im Titel eines Buchs von Bracher (1978): »Schlüsselwörter in der Geschichte«. Dort ist der Begriff der »Schlüsselwörter« weit gefaßt, denn es gehören dazu auch »Schlüsselbegriffe, Schlüsselformeln, Schlüsselfiguren des politischen Denkens und Artikulierens« (S. 19; einen weiteren Begriffserläuterungsversuch macht Bracher S. 88). Bracher handelt hier u.a. von »Politik und »Sprache«, »Wertfreiheit und Streit um Worte«, »Denkmuster«, »Denkfiguren«, »Politikbegriffen«, »Schlagwörtern und Ideologien« und bemüht sich insgesamt, zu zeigen, daß für die Geschichte wie für die Historiographie die »Schlüsselwörter« wichtig sind.

Relativ bekannt geworden ist der Titel einer Reihe: »Europäische Schlüsselwörter« (Sprachwissenschaftliches Colloquium (Bonn) 1963-1967) mit den Bänden »Humor und Witz«, (wortgeschichtliche Aufsätze über »Wit and Humour«, »Witz und Humor« und »Zur Geschichte von spanisch 'Humor'« sowie Einleitungsartikeln von Weisgerber und Schmidt-Hidding), »Kurzmonographien« (Artikel über Wörter wie z.B. »moral« »intelligence«, »enthusiasm« usw., ohne ein erkennbares Prinzip der Auswahl), »Kultur und Zivilisation« (Beiträge zur Begriffs- und Wortgeschichte von »culture«, »civilisation« usw. im Französischen, Italienischen, Englischen und Deutschen). Anders als man nach dem Titel dieses Werkes denken

könnte, hebt es nicht auf die Gemeinsamkeiten, sondern die Besonderheiten in Geschichte und Verwendung der behandelten Lexeme ab und zielt »auf den Vergleich verwechselbarer europäischer Schlüsselwörter«, den »Vergleich der täuschend ähnlichen Wörter«, auf den Hinweis »auf die eigentümliche Sehweise einiger europäischer Sprachen« (Schmidt-Hidding 1963, S. 19); so bleibt es trotz des Titelwortes »europäisch« doch der national gesinnten Linguistik Weisgerbers verbunden. Abgehandelt werden hier sowohl »Leitwörter« der Geschichte, wie Schmidt-Hidding unterscheidet (S. 20 f.), die »die eine Sprachgemeinschaft leitenden Ideen zum Inhalt« haben und »die Sprache als aktive Kraft in der Geschichte, nicht nur als Spiegelung der Geschichte, erleben« lassen, wie auch »Schlüsselwörter« in der engeren Bedeutung dieses Wortes (nach Schmidt-Hidding), die »eine bestimmte Lebenseinstellung der Sprachgemeinschaft« aufschließen und »den Schlüssel für das Denken und Verhalten einer Nation oder einer Gruppe oder gar eines einzelnen innerhalb einer Nation in einer geschichtlichen Epoche« geben. Inwiefern dies aber jeweils in der Tat der Fall ist, führt das Werk nicht aus, denn es verbleibt im Rahmen herkömmlicher Wortgeschichte, so daß hier der Schlüsselwortcharakter der behandelten Lexeme nur behauptet wird, und nicht erwiesen.

Obwohl selber den Begriff des »Schlüsselwortes« nicht verwendend, zeigt das oben schon zitierte Buch von Wülfing (1982) - »Schlagworte des Jungen Deutschland« - exemplarisch, wie man eine Schlagwortforschung und -darstellung machen kann, die wirklich Schlüsselwortforschung und -darstellung ist, und zwar im Sinne der Erschließung der Bestrebungen, des Denkens, Fühlens, Wünschens, Hoffens, Fürchtens einer literargeschichtlichen, in diesem Fall zugleich politischen »Bewegung«, d.h. einer Gruppe von Autoren, hier: von Heine, Börne und der »Jungdeutschen« Wienbarg, Kühne, Laube, Mundt und Gutzkow (Wülfing 1982, S. 65). »Der exakte ... Titel dieses Buches wäre demnach: 'Schlagworte Heines und Börnes und der Jungdeutschen'« (S. 66). Solche Schlagworte sind

u.a. a) die Stigmawörter »Reaktion«, »reaktionär«, »Romantik«, »Mittelalter«, »Sittlichkeit«, »Vergangenheit«; b) die Fahnenwörter »Zeitgeist«, »Gegenwart«, »Leben«, »Jugend«, »Junges Europa«, »Junges Deutschland«, »Fortschritt«, »Freiheit«, »Zukunft«. Liest man die entsprechenden Kapitel und die Vielzahl der Belege, dann erkennt man, wie hier in der Tat dem Jungen Deutschland die »Schlagworte« dazu dienten, seinen Zeitgenossen eine neue Sicht der Dinge einzuschärfen, und daß diese Wörter insgesamt tatsächlich höchst erhellend »Aufschluß« über Grundgedanken und -tendenzen der »Jungdeutschen« geben. Ebenso aus den Zitaten wie aus Wülfings Kommentaren ist auch zu ersehen, wie die ausgewählten Wörter miteinander eng vernetzt sind, so daß sie ein »Schlagwortfeld« (s.u., S. 48) darstellen. Wülfings Buch ist der gelungene »Versuch ..., dem Bild vom Jungen Deutschland durch eine detaillierte Untersuchung des Wortschatzes klarere Konturen zu geben« (S. 287), und in dieser Konturierung liegt zu einem guten Teil die Stärke seines Buches wie wohl überhaupt ein potentieller Vorteil der historischen Schlagwortbetrachtung. Dabei übt das Buch gewissermaßen in die Sprache und auf diese Weise in das Denken der behandelten Epoche ein und sensibilisiert für ihre Schlüsselwörter, die wie Leitmotive oder Leitfossilien in den Texten immer wiederkehren. Es vermittelt wie per Intensivkurs ein Gefühl für die Tendenzen der Epoche, und auch das ist ein Effekt, der auch von anderen Büchern nach dem Wülfingschen Modell erwartbar wäre, wenn es sie nur gäbe.

Was die Zeit- bzw. Gegenwartsgeschichte angeht, existierte bislang erst ein Buch, das Schlag- als Schlüsselwörter auf- faßt und behandelt, nämlich das oben gleichfalls schon zi- tierte Buch von Bergsdorf »Herrschaft und Sprache. Studie zur politischen Terminologie der Bundesrepublik Deutschland« (1983). Noch in diesem Jahr soll nun das umfangreiche Werk »Kontroverse Begriffe« (Stötzel / Wengeler u.a. 1994) er- scheinen, eine, wie der Untertitel sagt, »Geschichte des öf- fentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland

von 1945 bis 1989«. Es ist so gegliedert, daß kapitelweise Schlag- bzw. Schlüsselwörter einzelner thematischer Bereiche abgehandelt werden, dies dann jeweils chronologisch.

Umgekehrt geht Bergsdorf so vor, daß er die Entwicklung des politischen Vokabulars der Bundesrepublik nach einzelnen Epochen (»Vorgeschichte«, »Ära Adenauer« usw.) gliedert, und erst innerhalb der einzelnen Kapitel seines Buches auch thematisch oder nach den Sprachgebräuchen von verschiedenen Parteien ordnet. Seine Quellen, die er jeweils zeit- und sprachgeschichtlich kommentiert hat, sind vor allem einerseits Regierungserklärungen und Erwiderungen darauf, andererseits Programme und andere programmatische Texte von Parteien (Bergsdorf 1983, S. 18). Seine Intention ist, »einige wichtige Konstanten und Veränderungen der Sprache, in der Politik sich darstellt,« nachzuzeichnen, und so »dazu beizutragen, die Wechselwirkung von Sprache und politischer Entwicklung verständlicher zu machen« (S. 16). Dabei konzentriert sich Bergsdorf auf »zentrale Wert-Begriffe« der politischen Parteien (S. 18), die er in den von ihm untersuchten Texten findet.

»Schlüsselwort« bzw. »politisches Schlüsselwort« ist ein Begriff, den Bergsdorf oft verwendet, ohne ihn jedoch zu definieren; er gebraucht ihn also ebenso wie alle anderen Autoren, die ich kenne, standard- oder bildungssprachlich. Den Begriff des »Schlagworts« meidet Bergsdorf. Oft redet er auch von »(politischen) Schlüsselbegriffen« oder kurz »(politischen) Begriffen« und zusammenfassend, wie bereits im Untertitel seines Buches, von »politischer Terminologie«. Der Begriff der »Terminologie« dient ihm auch dazu, die politischen und sprachlichen Tendenzen in den einzelnen von ihm beschriebenen Epochen jeweils knapp durch eine Formel zu kennzeichnen. So spricht Bergsdorf resümierend von der »antifaschistischen Terminologie des Jahres 1945« (S. 274), der »antitotalitären Terminologie« der Folgejahre (S. 275), der »Terminologie der Integration« der Ära Adenauer (S. 276),

der »Terminologie der Entspannung« in den Jahren nach der Kuba-Krise 1962 (S. 279), der »Terminologie der Bewegung« während der Regierungszeit von Brandt (S. 280) und der »Terminologie der Ernüchterung« in der Regierungszeit von Schmidt (S. 281). Die Begriffe jeder dieser Terminologien bilden jeweils ein »Begriffsfeld« (S. 15 u.ö.) und sind jeweils insgesamt charakteristisch für die Politik, die sie geprägt hat und mit ihnen »ihre Ziele darlegt und um Unterstützung wirbt« (S. 17). Die zitierten Formeln zeigen, wie es Bergsdorf darauf ankommt, die von ihm behandelten politischen Begriffe in der Tat als »Schlüsselwörter« der politischen Entwicklung zu erweisen. Das macht Bergsdorf Buch zu einem Abriß deutscher Zeitgeschichte, wie sie sich in der Entwicklung ihrer »Schlüsselwörter« spiegelt.

In der Germanistik ist das Bergsdorfsche Konzept einer Geschichte deutscher Nachkriegspolitik im Spiegel ihrer Schlüsselwörter von Klein (1989, S. 29 ff.) aufgegriffen worden, der den Ausdruck »Schlüsselwörter« aber nicht verwendet. Klein (1989, S. 29) bildet die Begriffe »politisches Wortfeld« und »dominantes politisches Wortfeld«, um hervorzuheben, daß es im »Streit um Worte« in der Politik nicht bloß um Einzelwörter geht, daß vielmehr das Bestreben der Parteien darauf zielt, »ganze Wortfelder durchzusetzen, Begriffsnetze, mit denen man die politisch-soziale Welt deutend, wertend und programmatisch überzieht«; er nennt (S. 31) diese Felder kurz auch »Schlagwortfelder«. Solche Schlagwortfelder sind in der Betrachterperspektive Schlüsselwort-Wortfelder, denn an ihnen zeigt sich - sehr viel besser als an Einzelwörtern - was in den verschiedenen Epochen oder Phasen der Geschichte die charakteristischen Gedanken, Themen, Ziele, Pläne, aber insbesondere auch die Wünsche und die Ängste der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen waren. Denn die Einheit eines Schlagwortfeldes stellt sich nicht so sehr aufgrund begrifflich-deskriptiver Inhaltskomponenten her, die alle Wörter eines solchen Feldes hätten. Sondern was die Wörter hier vor allem integriert,

»ist die durchgängige Konnotation einer jeweils zeittypischen politischen Hauptorientierung« (S. 32); daher sind die Kleinschen Schlagwortfelder »konnotativ integrierte Wortfelder« (S. 31).

In bestimmten Phasen der Geschichte kann es nun nach Klein (S. 29 f.) zur Dominanz bestimmter Schlagwortfelder in der öffentlichen Auseinandersetzung kommen, wobei diese Dominanz nicht immer bei der je regierenden Gruppierung, sondern manchmal auch bei oppositionellen Gruppen liegt. In der bundesdeutschen Gegenwartsgeschichte bis zum Jahre 1989 ist die folgende Abfolge dominanter Schlagwortfelder zu erkennen, deren jedes Klein (S. 33 ff.) wie Bergsdorf mittels einer Formel charakterisiert, die seinen Tenor wiedergeben soll:

»Ja zur erträglich gewordenen Wirklichkeit (Ära Adenauer)«;
»Elitärer Revolutionsutopismus (Außerparlamentarische Opposition)«;
»Innen- und außenpolitische Idyllenverheißung (Ära Brandt)«;
»Apokalypse und Menetekel (Neue Protestbewegungen)«;
»Ordnungsanspruch und Fortschrittsoptimismus (Wende-Koalition)« (gemeint ist hier die »Wende« 1982).

Wie man sieht, wird hier versucht, anhand der jeweils dominanten Schlagwortfelder einen jeweils dominanten Zeitgeist zu beschreiben, wie er sich in diesen Schlagwortfeldern ausdrückt. So besteht das Schlagwortfeld, das durch die Formel »Apokalypse und Menetekel« charakterisiert ist, aus den Schlag- bzw. Schlüsselworten (S. 39):

Umweltzerstörung, Umweltvergiftung, Giftmüll-Skandal, Raubbau an der Natur, soziale Kosten, Waldsterben, Dioxin, Ozon-Loch, Nordsee-Sterben, AKW, WAA, Pershing, Over-Kill, atomarer Holocaust, globale Katastrophe, Vernichtung der Menschheit, Seveso, Brokdorf, Mutlangen, Gorleben, Sandoz, Tschernobyl, Wackersdorf.

Eine beigefügte Interpretation erläutert, wie in diesen Wör-

tern die Tendenzen der verschiedenen Protestbewegungen (Umweltschutz-, Anti-Atomkrafts-, Anti-Nachrüstungsbewegung) zu erkennen sind und wie das Wortfeld auch die doppelte Thematik (Umwelt, Rüstung) der Protestbewegung widerspiegelt; und daß in den Wortzusammensetzungen und den Phraseologismen »die Einstellungen Sorge, Angst und Wut zum Ausdruck kommen« (S. 39). Damit findet - erstmals, wenn ich richtig sehe - auch die Affektivität von Schlag- und Schlüsselwörtern die gebührende Beachtung.

9. Wortsemantik als Diskurssemantik

Neuerdings wird auch in der historischen und der politischen Semantik der Begriff »Diskurs« verwendet, allerdings, dem anderen Gegenstand gemäß, in anderer Bedeutung als im Sprachgebrauch der Soziolinguistik. Ist »Diskurs« hier eine jeweils ganz bestimmte sprachliche Interaktion von einzelnen Personen, jeweils in bestimmten Situationen - idealtypisch ein »Gespräch« von Angesicht zu Angesicht, auf englisch: »face to face« - so ist demgegenüber der »Diskurs« in der historischen und der politischen Semantik eine Konstruktion, verstanden als Rekonstruktion, von etwas, was als »Zeitgespräch« bezeichnet werden könnte. In diesem Zeitgespräch, so kann man sich die Sache denken, werden alle Sprachgebräuche ausgebildet, die politisch und historisch von Belang sind. Auch die Schlüssel-, Schlag- und Fahnenwörter haben ihren kommunikativen Ort in solchen Zeitgesprächen, in »Diskursen«.

Den Begriff »Diskurs« in diesem Sinn hat Busse (1987) in die Linguistik eingeführt. Eine forschungspraktisch wichtige Konkretisierung gibt ihr jetzt ein Teubertscher Gedanke (s. Busse / Teubert 1994 sowie Hermanns 1994, Kap. 4). Die Diskurse sind für Teubert »virtuelle Korpora« von solchen Texten, die a) thematisch und b) intertextuell verknüpft sind, und die außerdem noch weiteren Bedingungen genügen, wie sie

jeweils durch ein Forschungsziel gesetzt sind. Aus dem -
jeweils nur gedachten - »virtuellen Korpus« aller so be-
stimmten Texte wird durch Auswahl jener Texte, die für eine
vorgehabte Untersuchung überhaupt verfügbar sowie relevant
sind, das »konkrete Korpus«, das für diese Untersuchung dann
die Textgrundlage bildet. Das »konkrete« Korpus soll für das
gedachte »virtuelle« Korpus »repräsentativ« sein, was ein
problematischer, doch unumgänglicher Begriff ist.

Wie man sieht, ist hier das Neue erstens, daß ein »Korpus«
nicht mehr - wie ja in der Linguistik sonst oft - als
ein Zettelkasten aufgefaßt und angelegt wird, der als sol-
cher bloße Textfragmente sammelt, sondern als Gesamtheit
ausgewählter ganzer Texte. Denn der Sinn von Wortgebräuchen,
so ist hier die Überlegung, läßt sich nur im Textzusammen-
hang ermitteln, aus dem Sinn von ganzen Texten. Zweitens ist
das Neue: Basis einer Untersuchung solcher Wortgebräuche
sind nicht Einzeltexte, sondern ganze Textensembles, deren
Elemente Einzeltexte sind, die intertextuell verknüpft sind.
Denn der Sinn von Einzeltexten, so geht hier die Überlegung
weiter, läßt sich nur ermitteln, wenn man sich die Frage
stellt, auf welchen anderen Text ein jeweils untersuchter
Einzeltext die Antwort ist und wie er sich auf diesen ande-
ren Text bezieht: negierend, unterstützend oder wei-
terführend. Alle Einzeltexte sind, und zwar auch dann, wenn
sie textsortentheoretisch monologisch sind, im Grunde dia-
logisch, nämlich so, daß sie auf andere Mono- oder Dialoge
reagieren. Dieses ist die hermeneutische Erkenntnis, die in
dem Begriff der »Intertextualität« und dem Begriff »Diskurs«
vorausgesetzt und mitgedacht wird.

Denn die Intertextualität der Texte des Diskurses beruht vor
allem auf dem dialogischen bzw. quasi-dialogischen Charak-
ter, den Diskurse haben, und insofern ist es sehr willkom-
men, wenn »Diskurs« im Rahmen der Diskursgeschichte an »Dis-
kurs« im Rahmen der Gesprächs- bzw. Diskursanalyse denken
läßt. Manchmal ist ein Text im Rahmen eines einzelnen Dis-

kurses wirklich (auch im Wortsinn) eine Antwort auf einen ganz bestimmten anderen Text. Manchmal ist er nur ein sozusagen fernes Echo eines anderen Textes; dann ist der Bezug der Texte nur ein indirekter. Manchmal gibt es einen »Prototext« - so könnte man ihn nennen - des Diskurses, der ein Thema aufbringt und der manchmal auch die Leitvokabeln und die Leitgedanken eines sich entwickelnden Diskurses vorprägt oder neu zur Diskussion stellt. Oder Texte können auch auf eine Vielzahl anderer Texte eine Art von Antwort oder Echo sein, wie dies bei wissenschaftlichen Texten oft der Fall ist, wo die Antworthaftigkeit des Textes explizit gemacht wird durch Anmerkungen und Literaturverweise. Ex- oder implizit, indirekt oder auch direkt beziehen sich die Texte des Diskurses quasi-dialogisch oder quasi-responsorisch aufeinander.

Außerdem besteht die Einheit aller Texte eines einzelnen Diskurses, wie bereits gesagt, in einem Thema, das sie alle haben oder mindestens berühren. Die thematischen Zusammenhänge ihrer Quellentexte sind für die historische Semantik aber auch noch deshalb wichtig, weil durch den thematischen Zusammenhang der jeweils untersuchten Texte schon von selbst dafür gesorgt ist, daß schon in den Quellen die semantischen Zusammenhänge existieren, wie sie die Semantik dann rekonstruieren möchte. Denn die Wörter jeder Sprache ordnen sich semantisch so zu Gruppen, daß man sagen kann: sie ordnen sich nach Themen.

Gibt es in der deutschen Linguistik heute schon Exempel, die konkret beweisen, daß das Busse-Teubertsche Programm der »Wortsemantik als Diskurssemantik« (dies ist aber meine eigene Bezeichnung) forschungspraktisch durchzuführen ist und fruchtbar sein kann? Solche sind, soweit ich sehe, insbesondere in Düsseldorf zu finden. Dort ist eine ganze Reihe interessanter Studien zur Geschichte einzelner Begriffe und Begriffsbereiche in der öffentlichen Diskussion der Bundesrepublik entstanden; über Konzeption, Methoden usw. infor-

mieren demnächst Stötzel / Wengeler u.a. (1994) und schon jetzt das Buch von Wengeler (1992) mit nachdrücklichem Bezug auf Busse (1987); Fragen der Methode diskutieren auch die Aufsätze von Jung (1994) und Stötzel (1993).

Charakteristisch für die Art der Untersuchung ist die Titulierung dieser Studien, die oft einen doppelten Akzent setzt. Ich zitiere einige der Titel:

»Vom 'werdenden Leben' zum 'ungeborenen Kind'. Re-
destrategien in der Diskussion um die Reform des §
218« (Böke 1991) - »'Gleichberechtigung' oder
'natürliche Ordnung'. Die Diskussion um die recht-
liche Gleichstellung der Frau in den 50er Jahren«
(Böke 1994) - »Anmerkungen zur Geschichte des
Ausdrucks 'Sympathisant' in der Terrorismus-Dis-
kussion« (Musolff 1989) - »Was ist eigentlich
'Soziale Marktwirtschaft'? Zur Frühgeschichte der
öffentlichen Fahnenwort-Diskussion« (Stötzel /
Wengeler 1993) - »Nachrüstung. Von der Legitima-
tionsvokabel zum 'vorbelasteten Begriff'. Eine
sprachwissenschaftliche Rekonstruktion eines
'Streits um Worte' in der Rüstungsdiskussion«
(Wengeler 1989) - »Remilitarisierung oder Ver-
teidigungsbeitrag? Sprachthematisierung in den
Diskussionen um die westdeutsche Wiederbewaffnung«
(Wengeler 1989) - »'Modernisierung' in der rü-
stungspolitischen Diskussion der Jahre 1987-1989«
(Wengeler 1991) - »'Asylantenfluten' im 'Einwan-
derungsland' Deutschland. Brisante Wörter in der
Asyldiskussion« (Wengeler 1993).

Immer geht es hier um a) ein Schlag- bzw. Schlüsselwort bzw.
eine Gruppe solcher Wörter und zugleich auch b) um die »De-
batte« oder »Diskussion«, in der die untersuchten Schlag-
und Schlüsselwörter ihre Rolle spielen. Diese »Diskussion«
ist aber gar nichts anderes als der »Diskurs«, so daß man
sieht, daß hier tatsächlich »Wortsemantik als Diskursseman-
tik« schon - und zwar sogar avant la lettre - systema-
tisch praktiziert wird.

Schlag- bzw. Schlüsselwörter haben in Diskursen - und nur
in Diskursen - ihren Ort und ihren Sinn. Mit dieser Ein-
sicht nähern sich, bei allen Unterschieden, Schlagwortfor-

schung und Begriffsgeschichte an die soziolinguistische »Gesprächsforschung« und »Konversationsanalyse« an.

... auf Seite 1197; Fragen der Methode der Diskursanalyse sind die ...
Aufsätze von Tond (1994) und Schulz (1993).

Charakteristisch für die Art der Untersuchung ist die Titel-
gebung dieser Studien, die oft einen doppelten Akzent setzt.
Ich zitiere einige der Titel:

- »Vom »Verdenden Leben« zum »angeordneten Kind«: Re-
strategien in der Diskussion um die Reform des §
115 (1991) - »Gleichberechtigung« oder
»natürliche Ordnung«. Die Diskussion um die recht-
liche Gleichstellung der Frau in den 50er Jahren«
(1984) - »Anmerkungen zur Geschichte des
Ausdrucks »Hypothese« in der Textlinguistik-Di-
skussion« (Husoll 1989) - »Was ist eigentlich
»Soziale Marktwirtschaft«? Zur Frühgeschichte der
öffentlichen »Lebenswort-Diskussion« (1989) 1
Wendler 1993) - »Nachprüfung von der Legitima-
tion des »vorbereiteten Begriffs«. Eine
sprachwissenschaftliche Rekonstruktion eines
»Strukturwort« in der »Wortbildungsdiskussion«
(Wendler 1993) - »Realitätsbezug oder Ver-
drängungsbezug? Sprachmetakommunikation in den
Diskussionen um die westdeutsche Wiedervereinigung«
(Wendler 1993) - »Wortbildung« in der 19-
sprachpolitischen Diskussion der Jahre 1987-1993«
(Wendler 1991) - »Axiomatische« im »Klein-
wortschatz« Deutschland. Historische Wörter in der
»Wortbildung« (Wendler 1993).

... kann geht es hier um a) ein Schließ- bzw. Schließwort bzw.
eine Gruppe solcher Wörter und zugleich auch b) um die »Be-
setzung« der »Diskussion«, in der die untersuchten Schließ-
wörter ihre Rolle spielen. Diese »Diskussion«
ist aber gar nicht anders als der »Diskurs«, so daß man
sagt, daß hier tatsächlich »Wortsemantik als Diskurssemantik«
- und zwar sogar »in der - system-
atisch praktiziert wird.

Schließ- bzw. Schließwörter haben in Diskussionen - und nun
in Diskursen - ihren Ort und ihren Sinn. Mit dieser Ein-
sicht übereinstimmend, bei allen Untersuchungen, Schließwortfor-

Literaturverzeichnis

- Bachem, Rolf (1979): Einführung in die Analyse politischer Texte. München: Oldenbourg.
- Bahner, Werner (1961): Zum Charakter des Schlagwortes in Sprache und Gesellschaft. Zit. nach: Beiträge zur romanischen Philologie 2, 1963, S. 139-149.
- Barner, Wilfried (1977): Rhetorische Aspekte der Schlagwortanalyse, an Texten der Aufklärung. In: Kopenhagener Beiträge zur germanistischen Linguistik 9, S. 104-127.
- Behrens, Manfred / Dieckmann, Walther / Kehl, Erich (1982): Politik als Sprachkampf. Zur konservativen Sprachkritik und Sprachpolitik seit 1972. In: Heringer (Hg.) 1982, S. 216-265.
- Bergsdorf, Wolfgang (1978): Politik und Sprache, München / Wien: Olzog.
- Bergsdorf, Wolfgang (1983): Herrschaft und Sprache. Studie zur politischen Terminologie der Bundesrepublik Deutschland. Pfullingen: Neske.
- Bergsdorf, Wolfgang (1991): Zur Entwicklung der Sprache der amtlichen Politik in der Bundesrepublik Deutschland. In: Liedtke / Wengeler / Böke (Hg.) 1991, S. 19-33.
- Berning, Cornelia (1964): Vom »Abstammungsnachweis« zum »Zuchtwart«. Vokabular des Nationalsozialismus. Berlin: de Gruyter.
- Black, Max (Hg.) (1962): The Importance of Language, Englewood Cliffs (N.J.): Prentice-Hall.
- Böke, Karin (1991): Vom »werdenden Leben« zum »ungeborenen Kind«. Redestrategien in der Diskussion um die Reform des § 218. In: Liedtke / Wengeler / Böke (Hg.) 1991, S. 205-218.
- Böke, Karin (1994): »Gleichberechtigung« oder »natürliche Ordnung«. Die Diskussion um die rechtliche Gleichstellung der Frau in den 50er Jahren. In: Busse / Hermanns / Teubert (Hg.) 1994, S. 84-106.
- Bracher, Karl Dietrich (1978): Schlüsselwörter in der Geschichte. Mit einer Betrachtung zum Totalitarismusproblem. Düsseldorf: Droste.
- Brunner, Otto / Conze, Werner / Koselleck, Reinhart (Hg.) (1972 ff.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Stuttgart: Klett.
- Burkhardt, Armin (1988): Sprache in der Politik. Linguistische Begriffe und Methoden. In: Englisch Amerikanische Studien 10, S. 339-358.
- Burkhardt, Armin / Hebel, Franz / Hoberg, Rudolf (Hg.) (1989), Sprache zwischen Militär und Frieden: Aufrüstung der Begriffe? Tübingen: Narr.
- Busse, Dietrich (1987): Historische Semantik. Analyse eines Programms. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Busse, Dietrich (1989): »Chaoten und Gewalttäter« Ein Beitrag zur Semantik des politischen Sprachgebrauchs. In: Burkhardt / Hebel / Hoberg (Hg.) 1989, S. 93-121.
- Busse, Dietrich / Teubert, Wolfgang (1994): Ist Diskurs ein sprachwissenschaftliches Objekt? Zur Methodenfrage der historischen Semantik. In: Busse / Hermanns / Teubert (Hg.) 1994, S. 10-28.
- Busse, Dietrich / Hermanns, Fritz / Teubert, Wolfgang (Hg.) (1994): Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte. Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Dieckmann, Walther (1964): Information oder Überredung. Zum Wortgebrauch der politischen Werbung in Deutschland seit der Französischen Revolution. Marburg: Elwert.

- Dieckmann, Walther (1969): Sprache in der Politik. Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache. 2. Aufl. Heidelberg: Winter 1975.
- Dieckmann, Walther (1985): Konkurrierender Sprachgebrauch in Redeerwähnungen der Presseberichterstattung, In: Wirkendes Wort 35, S. 309-328.
- Diekmannshenke, Hans-Joachim (1994): Die Schlagwörter der Radikalen der Reformationszeit (1520-1536). Spuren utopischen Bewußtseins. Frankfurt a.M. usw.: Lang.
- Dietz, Heinrich (1975): Rote Semantik. In: Kaltenbrunner (Hg.) 1975, S. 20-43.
- Duden Universalwörterbuch (1989): Duden. Deutsches Universalwörterbuch. 2. Aufl. Mannheim / Wien / Zürich: Dudenverlag.
- Fetscher, Iring / Richter, Horst E. (Hg.) (1976): Worte machen keine Politik. Beiträge zu einem Kampf um politische Begriffe. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Freitag, Rainer (1977): Aktuelle Probleme einer synchronen Schlagwortforschung. In: W. Fleischer (Hg.): Linguistische Untersuchungen zur Sprache der Gesellschaftswissenschaften. Leipzig: VEB Verlag Enzyklopädie, S. 84-135.
- Gallie, W. B. (1955/1956): Essentially Contested Concepts. Zit. nach: Black (Hg.) 1962, S. 121-146.
- Glötz, Peter (1985): Die Rückkehr der Mythen in die Sprache der Politik. In: G. Stötzel (Hg.): Germanistik - Forschungsstand und Perspektiven. Vorträge des deutschen Germanistentages 1984. 1. Teil. Berlin / New York: de Gruyter, S. 231-244.
- Gollwitzer, Heinz (1962): Die gelbe Gefahr. Geschichte eines Schlagworts. Studien zum imperialistischen Denken. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.
- Good, Colin (1991): Über die Schwierigkeit, Begriffe zu räumen: von »poll tax« zu »community charge«. In: Liedtke / Wengeler / Böke (Hg.) 1991, S. 135-143.
- Haß, Ulrike (1989): Interessenabhängiger Umgang mit Wörtern in der Umweltdiskussion. In: Klein (Hg.) 1989, S. 153-186.
- Haß, Ulrike (1989): Lexikonausschnitt »Umwelt«. Vorwort. In: Strauß / Haß / Harras 1989, S. 397-411.
- Heringer, Hans Jürgen (1982): Sprachkritik - die Fortsetzung der Politik mit besseren Mitteln. In: Heringer (Hg.) 1982, S. 3-34.
- Heringer, Hans Jürgen (Hg.) (1982): Holzfeuer im hölzernen Ofen. Aufsätze zur politischen Sprachkritik. Tübingen: Narr.
- Hermanns, Fritz (1982): Brisante Wörter. Zur lexikographischen Behandlung parteisprachlicher Wörter und Wendungen in Wörterbüchern der deutschen Gegenwartssprache. In: H. E. Wiegand (Hg.): Studien zur neuhochdeutschen Lexikographie II, Hildesheim / New York: Olms (Germanistische Linguistik 3-6/80), S. 87-108.
- Hermanns, Fritz (1986): Appellfunktion und Wörterbuch. Ein lexikographischer Versuch. In: H. E. Wiegand (Hg.): Studien zur neuhochdeutschen Lexikographie VI.1, Hildesheim / Zürich / New York (Germanistische Linguistik 84-86), S. 151-182.
- Hermanns, Fritz (1989): Deontische Tautologien. Ein linguistischer Beitrag zur Interpretation des Godesberger Programms (1959) der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. In: Klein (Hg.) 1989, S. 69-149.
- Hermanns, Fritz (1994): Sprachgeschichte als Mentalitätsgeschichte. Überlegungen zu Sinn und Form und Gegenstand historischer Semantik. Er-scheint in: A. Gardt / K. J. Mattheier / O. Reichmann (Hg.): Sprachgeschichte des Neuhochdeutschen. Gegenstände - Methoden - Theorien. Tübingen:

- gen: Niemeyer. (Reihe Germanistische Linguistik.)
- Ickler, Theodor (1990): Zur Semantik des politischen Schlagwortes (und anderer Wörter). In: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht 65, S. 11-26.
- Jung, Matthias (1994): Zählen oder deuten? Das Methodenproblem der Diskursgeschichte am Beispiel der Atomenergiedebatte. In: Busse / Hermanns / Teubert (Hg.) 1994, S. 60-81.
- Kaempfert, Manfred (1990): Das Schlagwörterbuch. In: F. J. Hausmann / O. Reichmann / H. E. Wiegand / L. Zgusta (Hg.): Wörterbücher. Dictionaries. Dictionnaires. Ein internationales Handbuch zur Lexikographie. Berlin / New York: de Gruyter, S. 1199-1206.
- Kaempfert, Manfred (1990): Die Schlagwörter. Noch einmal zur Wortgeschichte und zum lexikologischen Begriff. In: Muttersprache 100, S. 192-203.
- Kaltenbrunner, Gerd-Klaus (Hg.) (1975): Sprache und Herrschaft. Die umfunktionierten Wörter. Freiburg / Basel / Wien: Herder.
- Keller, Rudi (1990): Sprachwandel. Von der unsichtbaren Hand in der Sprache. Tübingen: Francke.
- Kinne, Michael / Strube-Edelmann, Birgit (1980): Kleines Wörterbuch des DDR-Wortschatzes. Düsseldorf: Schwann.
- Klaus, Georg (1971): Sprache der Politik. Berlin: VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften.
- Klein, Josef (1989): "Wortschatz, Wortkampf, Wortfelder in der Politik". In: Klein (Hg.) 1989, S. 3-50.
- Klein, Josef (1991): Kann man »Begriffe besetzen«? Zur linguistischen Differenzierung einer plakativen politischen Metapher. In: Liedtke / Wengeler / Böke (Hg.) 1991, S. 44- 69.
- Klein, Josef (1993): Wort-Alchemie: Die Operationen der Begriffe-Besetzer. In: Klein / Paul (Hg.) 1993, S. 102-110.
- Klein, Josef (Hg.) (1989): Politische Semantik. Bedeutungsanalytische und sprachkritische Beiträge zur politischen Sprachverwendung. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Klein, Wolf Peter / Paul, Ingwer (Hg.) (1993): Sprachliche Aufmerksamkeit. Glossen und Marginalien zur Sprache der Gegenwart. [Festschrift Walther Dieckmann.] Heidelberg: Winter.
- Koselleck, Reinhart (1972): Begriffsgeschichte und Sozialgeschichte. Zit. nach: R. Koselleck: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 1979, S. 107-129.
- Koselleck, Reinhart (Hg.) (1978): Historische Semantik und Begriffsgeschichte. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Kuhn, Fritz (1991): »Begriffe besetzen«. Anmerkungen zu einer Metapher aus der Welt der Machbarkeit. In: Liedtke / Wengeler / Böke (Hg.) 1991, S. 90-110.
- Kuhn, Helmut (1975): Despotie der Wörter. Wie man mit der Sprache die Freiheit überwältigen kann. In: Kaltenbrunner (Hg.) 1975, S. 11-19.
- Ladendorf, Otto (1906): Historisches Schlagwörterbuch. Ein Versuch. Straßburg / Berlin: Trübner. [Neudruck Hildesheim: Olms, 1968.]
- Leuenberger, Theodor (1975): Geschichte als Sprachkampf. In: Kaltenbrunner (Hg.) 1975, S. 44-54.
- Liedtke, Frank / Wengeler, Martin / Böke, Karin (Hg.) (1991): Begriffe besetzen. Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Lübbe, Hermann (1967): Der Streit um Worte. Sprache und Politik. Zit. nach: Heringer (Hg.) 1982, S. 48-69.
- Maier, Hans (1973): Aktuelle Tendenzen der politischen Sprache. Zit. nach: Heringer (Hg.) (1982), S. 179-188.

- Meyer, Richard M. (1900): Vierhundert Schlagworte. Leipzig: Teubner. [Unter dem Titel »Das Alter einiger Schlagworte« auch in: Neue Jahrbücher für das Klassische Altertum, Geschichte und Deutsche Litteratur und für Pädagogik, 5. Band, 3. Jahrgang, 1900, S. 465-503, 554-585.]
- Musolff, Andreas (1989): Anmerkungen zur Geschichte des Ausdrucks »Sympathisant« im Kontext der Terrorismus-Diskussion. In: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht 64, S. 95-109.
- Niehr, Thomas (1993): Schlagwörter im politisch-kulturellen Kontext. Zum öffentlichen Diskurs in der BRD von 1966 bis 1974. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.
- Nothdurft, Werner (1995): Schlüsselwörter. Zur sprachlichen Herstellung von Wirklichkeit. Erscheint in: W. Kallmeyer (Hg.): Gesprächsrhetorik. Zur Analyse von rhetorischen Verfahren in Gesprächsprozessen. Tübingen: Narr.
- Nunn, A. David (1974): Politische schlagwörter in deutschland seit 1945. Ein lexikographischer und kritischer beitrag zur politik. Gießen: Focus.
- Paul, Hermann (1992): Deutsches Wörterbuch. 9. Aufl. Tübingen: Niemeyer.
- Polenz, Peter v. (1973): Rez. von Brunner / Conze / Koselleck (Hg.) 1972 ff., Bd. 1. In: Zeitschrift für germanistische Linguistik 1, S. 235-241.
- Schmidt-Hidding, Wolfgang (1963): Zur Methode wortvergleichender und wortgeschichtlicher Studien. In: W. Schmidt-Hidding (Hg.): Humor und Witz. München: Hueber (Europäische Schlüsselwörter. Band I), S. 18-33.
- Scholze-Stubenrecht, Werner (1993): Duden. Zitate und Aussprüche. (Duden Band 12.) Mannheim / Leipzig / Wien / Zürich: Dudenverlag.
- Spiegel, Carmen (1994): Schlüsselwörter in umweltpolitischen Auseinandersetzungen. Wie Wörter beim Reden ihre Bedeutung erhalten. In: Sprachreport 1/94, S. 6-7.
- Sprachwissenschaftliches Colloquium (Bonn) (Hg.) (1963-1967): Europäische Schlüsselwörter. Band I-III. München: Hueber.
- Spranz-Fogasy, Thomas (1992): Bezugspunkte der Kontextualisierung sprachlicher Ausdrücke in Interaktionen. Ein Konzept zur analytischen Konstitution von Schlüsselwörtern. Arbeiten aus dem Sonderforschungsbereich 245 »Sprache und Situation«, Heidelberg / Mannheim. Bericht Nr. 50.
- Stammler, Wolfgang (1948): Politische Schlagworte in der Zeit der Aufklärung. In: Wolfgang Stammler: Kleine Schriften zur Sprachgeschichte. Berlin / Bielefeld / München: Erich Schmidt, 1954, S. 48-100.
- Stötzel, Georg (1980): Konkurrierender Sprachgebrauch in der deutschen Presse. Zit. nach: Heringer (Hg.) 1982, S. 277-289.
- Stötzel, Georg (1990): Semantische Kämpfe im öffentlichen Sprachgebrauch. In: G. Stickel (Hg.): Deutsche Gegenwartssprache. Tendenzen und Perspektiven. Berlin / New York: de Gruyter, S. 45-65.
- Stötzel, Georg (1993): Sprachgeschichte als Problemgeschichte der Gegenwart. Vorstellung eines Konzepts. In: H. J. Heringer / G. Stötzel (Hg.): Sprachgeschichte und Sprachkritik. Festschrift für Peter von Polenz zum 65. Geburtstag. Berlin / New York: de Gruyter, S. 111-128.
- Stötzel, Georg / Wengeler, Martin (1993): Was ist eigentlich »Soziale Marktwirtschaft«? Zur Frühgeschichte der öffentlichen Fahnenwort-Diskussion. In: Klein / Paul (Hg.) 1993, S. 183-194.
- Stötzel, Georg / Wengeler, Martin u. a. (1994): Kontroverse Begriffe. Eine Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland von 1945 bis 1989. Berlin / New York: de Gruyter [erscheint].
- Straßner, Erich (1987): Ideologie - Sprache - Politik. Grundfragen ihres Zusammenhangs. Tübingen: Niemeyer.
- Strauß, Gerhard (1989): Lexikonausschnitt »Politik und Ideologie«. Vorwort. In: Strauß / Haß / Harras 1989, S. 27-50.

- Strauß, Gerhard / Zifonun, Gisela (1985): Die Semantik schwerer Wörter im Deutschen. 2 Bde. Tübingen: Narr.
- Strauß, Gerhard / Zifonun, Gisela (1986): Formen der Ideologiegebundenheit. Versuch einer Typologie der gesellschaftspolitischen Lexik. In: Gerhard Strauß: Der politische Wortschatz. Zur Kommunikations- und Textsortenspezifität. Tübingen: Narr, S. 67-147.
- Strauß, Gerhard / Haß, Ulrike / Harras, Gisela (1989): Brisante Wörter von Agitation bis Zeitgeist. Ein Lexikon zum öffentlichen Sprachgebrauch. Berlin / New York: de Gruyter.
- Teubert, Wolfgang (1989): Politische Vexierwörter. In: Klein (Hg.) 1989, S. 51-68.
- Topitsch, Ernst (1960): Über Leerformeln. Zur Pragmatik des Sprachgebrauches in Philosophie und politischer Theorie. In: E. Topitsch (Hg.): Probleme der Wissenschaftstheorie. Festschrift für Victor Kraft. Wien: Springer, S. 233-264.
- Wagner, Benno (1989): »Sympathisanten«. In: Grazer Linguistische Studien 31, S. 159-173.
- Wahrig, Gerhard (1980): Deutsches Wörterbuch. Neuausgabe. O. O.: Mosaik.
- Wengeler, Martin (1989): Nachrüstung - Von der Legitimationsvokabel zum »vorbelasteten Begriff«. Eine sprachwissenschaftliche Rekonstruktion eines »Streits um Worte« in der Rüstungsdiskussion. In: Burkhardt / Hebel / Hoberg (Hg.) 1989, S. 233-245.
- Wengeler, Martin (1989): Remilitarisierung oder Verteidigungsbeitrag? Sprachthematization in den Diskussionen um die westdeutsche Wiederbewaffnung. In: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht 64, S. 39-57.
- Wengeler, Martin (1991): »Modernisierung« in der rüstungspolitischen Diskussion der Jahre 1987-1989. In: Liedtke / Wengeler / Böke (Hg.) 1991, S. 314-329.
- Wengeler, Martin (1992): Die Sprache der Aufrüstung. Zur Geschichte der Rüstungsdiskussionen nach 1945. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag.
- Wengeler, Martin (1993): »Asylantenfluten« im »Einwanderungsland« Deutschland - Brisante Wörter in der Asyldiskussion. In: Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht 72, S. 2-30.
- Wengeler, Martin (1994): »Die Planwirtschaft ist das Unsozialste, was es überhaupt gibt, und nur die Marktwirtschaft ist sozial«. Zur Geschichte eines bundesdeutschen Fahnenwortes. In: Busse / Hermanns / Teubert (Hg.) 1994, S. 107-123.
- Wimmer, Rainer (1982): Überlegungen zu den Aufgaben und Methoden einer linguistisch begründeten Sprachkritik. In: Heringer (Hg.) 1982, S. 290-313.
- Wimmer, Rainer (Hg.) (1985): Sprachkultur. Jahrbuch 1984 des Instituts für deutsche Sprache. Düsseldorf: Schwann.
- Wülfing, Wulf (1982): Schlagworte des Jungen Deutschland. Mit einer Einführung in die Schlagwortforschung. Berlin: Erich Schmidt.